MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin März 2023 Nr. 1

mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 72

- Bundesfachgruppe Medien
  Gewählt und neu aufgestellt
- Springer-Umbau
  In Zukunft „Digital only“

Chancenreich:
Konstruktiver Journalismus

IM FOKUS: KONSTRUKTIVER JOURNALISMUS

35. Journalismustag zu Konstruktivem Journalismus

Fotos: Kay Herschelmann

6 **GUTER JOURNALISMUS IST KONSTRUKTIV**
Von Bärbel Röben

9 **BUCHTIPP: KONSTRUKTIV ÜBER KRIEGE BERICHTEN**

9 **FILMTIPP: PROPAGANDASCHLACHT UM DIE UKRAINE**

10 **KONSTRUKTIVES IM GOLDFISCHGLAS**
Unterschiede aushalten und Gemeinsamkeiten benennen

12 **VERMEIDEN SIE FAKTENDISKUSSIONEN!**
Verschwörungsmythen und Fake News kontern

13 **DIE MACHT DER SPRACHE**
Wie eine tendenziöse Wortwahl die Leser*innen beeinflusst

13 **UMGANG MIT GEWALT**
Angriffe auf Journalist*innen erneut gestiegen

14 **TRAU DICH ZU VERHANDELN!**
Konstruktiv mit finanziellen Herausforderungen als Freiberufler umgehen

15 **QUALITÄT WICHTIGER ALS DAS LABEL**
Diskussion mit Redakteur von „Perspective Daily“ über die Prinzipien des Magazins

16 **JENSEITS BLOSSER PROBLEMSCHILDERUNG**
Bereits bei den Themen einen konstruktiven Fokus setzen

Foto Cover: Shutterstock/Patty Chan [M]

AKTUELLER PODCAST: KONSTRUKTIV BERICHTEN

Alle M-Podcast unter
https://mmm.verdi.de/podcast/

MEDIEN UND RECHT

4 **WAS SIND TEXTE, FOTOS UND VIDEOS EIGENTLICH WERT?**

MEINUNG

5 **RECHT AUF GLEICHEN LOHN MUSS BRINGSCHULD SEIN**

VER.DI UNTERWEGS

18 **MEDIEN, JOURNALISMUS UND FILM NEU AUFGESTELLT**
Für eine freie Presse und einen zukunftsfesten öffentlich-rechtlichen Rundfunk

20 **MANFRED KLOIBER**
Nimmt gern das Ruder in die Hand

20 **CARMEN SALAS**
Respekt vor der Verantwortung

21 **PETER FREITAG**
„Gesinnungskölner“ mit Liebe zum Landleben

22 **KREATIV SEIN, SICH EINMISCHEN**
Jugend des neuen Fachbereiches geht mit vielen Vorhaben in die nächsten vier Jahre

23 **KONSTRUKTIV UND SELBSTBEWUSST**
Frauen wählten eigenen Vorstand und fassten konkrete Beschlüsse

BERUF

24 **EXPLOSIONSWELLE IN ZEITLUPE**
ChatGPT: Demokratisierung oder Fehlleitung der Massen?

MEDIENWIRTSCHAFT

25 **BALD BEI SPRINGER „DIGITAL ONLY“**
Umbau der Redaktionen und Verschiebung von Personal und Kosten

27 **AUFRÄUMEN IM EILTEMPO**
Stellenabbau und Programmkürzungen im RBB

TARIFE UND HONORARE

28 **GESETZ OHNE RECHTSFOLGEN**
Journalistin muss wegen der Klage gegen das ZDF nochmals vor das Arbeitsgericht

29 **STREIKS BEIM ZDF**
Deutlich mehr Geld gefordert

30 **AKTIVE GEWERKSCHAFTER ABGESTRAFT**
Warnstreiks bei den Yorck-Kinos in Berlin und bei UCI bundesweit

INTERNATIONAL

31 **AKTION FÜR FLORIANE IRANGABIYE, BURUNDI**
31 **IMPRESSUM**

Das Recht von Frauen auf gleichen Lohn wie für Männer muss eine Bringschuld sein, fordert Tina Groll, Vorsitzende des Bundesvorstandes der dju in ver.di (S. 5). Gegen Lohndiskriminierung wehrt sich seit Jahren Birte Meier mit einer Klage gegen das ZDF (S. 28/29).

Karikatur: Thomas Plaßmann

Foto: Kay Herschelmann

Chancenreich und lösungsorientiert

Er geistert schon länger durch die Debattenwelt der Medienschaffenden, der „Konstruktive Journalismus“. Zunehmende Kritik an dem, was zum Lesen, Hören und Sehen über Politik und Gesellschaft angeboten wird, befeuert die Diskussion: zu viel Negatives, Einseitiges, Oberflächliches, Verlautbartes, … letztlich Depressives. Rezipienten verweigern sich und schalten ab. Somit war das Thema des 35. Journalismustages von ver.di Anfang März brandaktuell. Konstruktiven Journalismus als „Einladung“ zu verstehen, „neu über Journalismus nachzudenken“, wie es Keynote-Speakerin Sham Jaff formulierte, wurde 200fach angenommen. Positiv besetztes Vokabular prägte die vielfältigen Diskussionsformate: chancenreich, lösungsorientiert, verlässlich, gesprächsbereit, gemeinschaftlich, analytisch …. Das erkennbare Ziel: ein besserer Journalismus durch Konstruktivität. Zum Nachlesen für die Teilnehmer*innen und für alle, die nicht dabei sein konnten, gibt M in seiner aktuellen Ausgabe die Tagung nahezu dokumentarisch wieder (S. 6–17). Ergänzend lohnt es, den M Medienpodcast im Gespräch mit Sham Jaff auf mmm.verdi.de anzuhören.

Die Delegierten der Medienschaffenden in ver.di haben ihren neuen Bundesfachgruppenvorstand und den Bundesvorstand der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) gewählt. Die Arbeitspakete der Gremien sind auch für die nächsten vier Jahre prall gefüllt. Dazu gehört eine gewerkschaftlich gestaltete Medienpolitik, die dazu beiträgt, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsfest zu machen, auch indem Transparenz, Mitbestimmung und Gremienarbeit gestärkt werden. Weitere Stichpunkte sind Tarifpolitik, Redaktionsumbauten mit Stellenabbau, Pressefreiheit, Schutz von Journalist*innen, das Urheberrecht für Feste und Freie (S. 18/19). Konkret heißt es bereits bald bei Springer: „Digital only“ (S. 25/26) oder bei Gruner+Jahr: „Massive Einschnitte“ (ein Beitrag auf M Online und in der aktuellen Publik) sowie beim RBB: „Stellenabbau und Programmkürzungen“ (S. 27).

Kurz porträtiert hat M den Vorsitzenden der Bundesfachgruppe „Medien Journalismus und Film“, Manfred Kloiber, und seine zwei Stellvertreter*innen Carmen Salas und Peter Freitag (S. 20/21). Weitere Mitglieder des Vorstandes sollen in den nächsten M-Ausgaben vorgestellt werden.

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Was sind Texte, Fotos und Videos eigentlich wert?

Welche Vergütung für ein Werk ist angemessen und wie hoch ist sie, wenn das Urheberrecht verletzt wurde? Das Urheberrechtsgesetz (UrhG) soll das Einkommen von Kreativen sichern, indem es verhindert, dass Werke wie Texte, Fotos oder Videos ohne Erlaubnis verwendet werden. Denn bei geistigen Leistungen ist die Gefahr groß, dass sich andere einfach an ihnen bedienen und die Urheber*innen leer ausgehen. Aber selbst wenn eine Erlaubnis erteilt wurde, ein Werk zu nutzen, muss die Vergütung „angemessen" sein. Ist dies nicht der Fall, können Urheber*innen verlangen, dass der Vertrag dahingehend geändert wird, dass sie eine angemessene Vergütung erhalten, selbst wenn im Vertrag etwas anderes vereinbart wurde.

Jasper Prigge
ist Rechtsanwalt für Urheber- und Medienrecht in Düsseldorf

Foto: Kay Herschelmann

> **Die Gerichte schauen bei der Ermittlung einer angemessenen Vergütung aber auch darauf, welche Preise von Urheber*innen selbst durchgesetzt werden.**

Die Frage ist nur: Das Gesetz nennt hier eine Rangfolge. Immer angemessen sind gemeinsame Vergütungsregeln, wie es sie beispielsweise für freie hauptberufliche Journalist*innen gibt, die für Tageszeitungen arbeiten. Sie werden von den Gewerkschaften ausgehandelt und sind ein guter Grund, sich auch dann gewerkschaftlich zu organisieren, wenn man nicht fest in einer Redaktion angestellt ist.

Gibt es keine gemeinsame Vergütungsregel, kommt es darauf an, „was im Geschäftsverkehr nach Art und Umfang der eingeräumten Nutzungsmöglichkeit, […] üblicher- und redlicherweise zu leisten ist" (§ 32 Abs. 2 Satz 2 UrhG). Es ist dann zu ermitteln, worauf sich vernünftige Vertragspartner geeinigt hätten. Dazu bedarf es einer Gesamtbetrachtung aller Umstände des Einzelfalls, unter anderem Dauer, Häufigkeit, Ausmaß und Zeitpunkt der Nutzung. Gegenüber einer einmaligen rechtfertigt eine langjährige oder wiederholte Verwendung somit eine höhere Vergütung.

Gibt es eine Vergütung, die in der jeweiligen Branche üblicherweise gezahlt wird, ist dies zwar nicht verbindlich, kann aber als Ausgangspunkt für die Vergütung im Einzelfall dienen. An dieser Stelle können beispielsweise die Bildhonorare der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (MFM) herangezogen werden. Sie zählen zwar nicht zu den gemeinsamen Vergütungsregeln, weil sie von den Urheber*innen einseitig vorgelegt werden. Dennoch bieten sie eine Orientierung, eine Vergütung nach den MFM-Empfehlungen ist in vielen Fällen insoweit auch angemessen.

Vergütung muss angemessen sein

Die Gerichte schauen bei der Ermittlung einer angemessenen Vergütung aber auch darauf, welche Preise von Urheber*innen selbst durchgesetzt werden. Wer also als Fotograf wegen Urheberrechtsverletzung eine Vergütung verlangt, kann sich nicht darauf verlassen, dass er am Ende auch die Sätze der MFM erhält. Vor allem, wenn er seine Leistungen sonst zu deutlich günstigeren Konditionen am Markt anbietet, z.B. in Stockfoto-Archiven, muss er gegebenenfalls Abschläge hinnehmen. Kann dauerhafte Nutzung für weniger als hundert Euro bei einer Agentur lizenziert werden, würden sich vernünftige Nutzer*innen wohl kaum darauf einlassen, wenn nach den MFM-Empfehlungen nach einigen Jahren mehrere Tausend Euro fällig werden.

Die „angemessene Vergütung" ist also nicht schematisch zu berechnen, sondern immer auch abhängig von der Person der Urheberin oder dem Urheber. Wer gute Preise am Markt durchsetzen und entsprechende Rechnungen vorlegen kann, wird bei einer Urheberrechtsverletzung auch eine entsprechende Lizenzgebühr verlangen können.

Übrigens: Auch wenn nach dem Urheberrechtsgesetz verpflichtend eine angemessene Vergütung zu zahlen ist, können Urheber*innen ihre Werke auch kostenfrei lizenzieren, etwa für gemeinnützige Organisationen oder im Sinne von Creative Commons. Gesetzlich ist dies aber nur in Bezug auf einfache Nutzungsrechte möglich. Ansonsten gilt der Grundsatz: Exklusivrechte nur gegen Vergütung. **Jasper Prigge <<**

Recht auf gleichen Lohn muss Bringschuld sein

Das Bundesarbeitsgericht hat mit einem Paukenschlag das Recht von Frauen auf gleichen Lohn wie für männliche Kollegen gestärkt – ein Gesetz wäre aber noch besser als ein Urteil.

Kürzlich war es wieder so weit: Einen Tag vor dem Internationalen Frauentag am 8. März wurde in Deutschland am 7. März der Equal Pay Day gefeiert. Gefeiert ist dabei das falsche Wort, denn der Tag markiert ja bekanntlich die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern und damit die Zeit seit Jahresbeginn, in der Frauen quasi unbezahlt arbeiten, vergleicht man ihre Einkommen in Vollzeitjobs mit den Einkommen der Männer. Es hat allerdings schon einige Verbesserungen gegeben: Vor einigen Jahren noch fiel der Equal Pay Day auf einen Tag Ende März. Der Gender Pay Gap ist kleiner geworden und betrug im vergangenen Jahr 18 Prozent.

Frauen bekamen mit durchschnittlich 20,05 Euro einen um 4,31 Euro geringeren Bruttostundenverdienst als Männer mit 24,36 Euro. Jedoch taugt der Vergleich des sogenannten unbereinigten Gender Pay Gaps nicht so viel – weil Frauen bekanntlich seltener in Führungspositionen und häufiger in strukturell schlecht bezahlten Berufen arbeiten. Und wenn man sich die Monatslöhne von Männern und Frauen ansieht, dann ist der Gender Pay Gap aufgrund der überwiegenden Teilzeitarbeit von Frauen noch viel höher. Das Ganze setzt sich fort mit dem Gender Wealth Gap – Frauen haben weniger Vermögen als Männer, dem Gender Pension Gap – Frauen bekommen die niedrigere Rente und sind häufiger von Altersarmut betroffen. Und nicht zu vergessen der Gender Care Gap – Männer verrichten quasi nur in homöopathischen Dosen unbezahlte Sorge- und Hausarbeit.

Das ist auch im Journalismus nicht anders. Frauen fehlen an der Spitze der Redaktionen, arbeiten häufiger Teilzeit und sind auch im Jahr 2023 häufiger in den vermeintlich "weichen" Ressorts und Medien zu finden. Und sie haben aus all diesen Gründen auch die geringeren Löhne. Im Journalismus kommt noch hinzu: Frauen arbeiten häufiger als freie Journalistin – und haben, auch weil die Honorare für Freie oft nicht üppig sind, ein geringeres Einkommen. Das Arbeitsverhältnis als Freie war auch im Fall der Kollegin und Investigativjournalistin Birte Meier, die seit Jahren einen aufsehenerregenden Prozess für Lohngleichheit gegen das ZDF führt, immer wieder Argument der Arbeitgeberseite, nicht den gleichen Lohn zahlen zu müssen.

Doch nun hat das Bundesarbeitsgericht mit einem richtungsweisenden Urteil den Anspruch von Frauen auf gleiche Bezahlung gestärkt. Demnach müssen Arbeitgeber, wenn sie höheren Lohnforderungen von Mitarbeitern nachgeben, diesen Lohnzuwachs auch den gleich qualifizierten Mitarbeiterinnen zugestehen (Az: 8 AZR 450/21). Zwar ging es im konkreten Fall um eine Vertriebsmitarbeiterin bei einem Metallunternehmen – übertragbar ist das Urteil dennoch auf andere Branchen, denn die höchsten Arbeitsrichterinnen und -richter entschieden, dass ein angeblich besseres Verhandlungsgeschick eines Mitarbeiters keine Diskriminierung einer anderen Mitarbeiterin bedeuten dürfe.

Verhandlungsgeschick ist daher kein Argument mehr, um Frauen schlechter zu vergüten als Männer – das gilt für Festangestellte wie für Freie. Das Urteil ist richtig und wichtig. Aber es braucht noch mehr: ein Gesetz für gleichen Lohn zum Beispiel. Die bisherigen gesetzlichen Grundlagen sind keineswegs ausreichend. Das Entgelttransparenzgesetz etwa, das vor einigen Jahren eingeführt wurde, gilt nur für große Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten und gibt den Mitarbeitenden auch nur einen Auskunftsanspruch, sofern es eine größere Anzahl an Kolleginnen und Kollegen mit vergleichbarer Tätigkeit gibt. Es ist unbrauchbar für die meisten Redaktionen.

Besser mit Tariflöhnen

Gäbe es ein Gesetz für gleichen Lohn, wären Arbeitgeber zudem in der Bringschuld – sie müssten dann erklären, warum eine Mitarbeiterin weniger Geld bekommen soll als ein Mitarbeiter mit dem gleichen Job. Was es aber außerdem braucht, ist eine stärkere Tarifbindung: Denn da wo Tariflöhne bezahlt werden, kommt es viel seltener zu Lohndiskriminierung. Tarife schützen Beschäftigte außerdem davor, dass ihr vermeintliches Verhandlungsgeschick maßgeblich für den Erfolg in der Gehaltsverhandlung ist. Gut untersucht ist, dass Frauen sich in der Regel schlechtere Verhandlungskompetenzen zuschreiben, ihren Marktwert geringer einschätzen als Männer und ihnen zudem hohe Forderungen eher negativ ausgelegt werden – in der Regel aufgrund unbewusster tradierter Rollenmuster.

Gewerkschaften sollten sich daher neben der Tarifarbeit auch für ein Recht auf gleiche Bezahlung stark machen und Frauen noch stärker empowern. Damit wir den Equal Pay Day mit Silvester feiern oder ganz abschaffen können. **Tina Groll <<**

Foto: Stephanie von Becker

Tina Groll, Redakteurin bei Zeit Online und Vorsitzende des Bundesvorstandes der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di

**„Konstruktiver Journalismus ist guter Journalismus, nichts anderes!“ So Keynote-Sprecherin Sham Jaff auf dem 35. ver.di-Journalismustag am 4. März in Berlin, der danach fragte, wie wir „mit Constructive News durch die Krise“ kommen. Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, Klimanotstand – angesichts geballter schlechter Nachrichten schalten viele Rezipient*innen ab und Medien setzen große Hoffnungen in konstruktiven Journalismus.
Die Konzepte sind facettenreich.**

Guter Journalismus ist konstruktiv

Von Bärbel Röben

Seit 2014 schreibt Sham Jaff, freie Journalistin in Berlin, den Newsletter „what happened last week“ mit Nachrichten aus dem globalen Süden. Außerdem moderiert, redigiert und produziert sie zahlreiche Podcasts. Für „190220 – Ein Jahr nach Hanau“ wurde sie 2021 mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet. Auf dem Journalismustag erläuterte Jaff, welche Chancen konstruktiver Journalismus für Medienschaffende bietet. Gleichzeitig distanzierte sie sich von der „unnötigen Debatte“ über „Labels“ wie Wohlfühljournalismus mit „nur guten Nachrichten“ oder „Schönfärberei“ und räumte mit Aktivismusvorwürfen auf.

Sham Jaff (freie Journalistin, Bonn Institute) hielt beim Journalismustag „Bye bye bad news – mit Constructive Journalism durch die Krise?“ die Keynote

„Gesellschaften brauchen Journalist*innen, um verlässliche Informationen und den Bezugsrahmen für eine gemeinsame Realität zu schaffen“, sagte sie und betonte die große Verantwortung, die damit verbunden ist – besonders in Krisenzeiten. Viele Menschen meiden die schlechten Nachrichten, weil sie sich damit „schlecht fühlen“. „Wir können nicht dafür sorgen, dass der Krieg in der Ukraine aufhört oder dass die Erdbebenopfer in Syrien und der Türkei in den nächsten 15 Minuten alles bekommen, was sie brauchen. Aber eine Lösung liegt darin, wie wir weiterhin Nachrichten produzieren“, so Jaff.

Der konstruktive Journalismus solle da „als Einladung verstanden werden, neu über Journalismus nachzudenken, über die veränderten Situationen und wie wir darauf reagieren könnten“. Wir hätten die Verantwortung, Menschen so zu informieren, dass sie nicht „ihre mentale Gesundheit gefährden oder gar ihre Zeit verschwenden.“ „Wir sind ja jeden Tag in der luxuriösen Situation, völlig frei zu entscheiden, über welches Thema wir berichten“ und „ob wir Konflikte verschärfen oder Menschen ins Gespräch bringen“. Wir könnten über die Katastrophen dieser Welt berichten und gleichzeitig den Blick für Lösungen weiten, sagte Sham Jaff und fuhr fort: „Wir können unsere Perspektive für die sogenannte normale halten oder Vielfalt wertschätzen und neugierig suchen.“ Das gelte sowohl für Medienprodukte als auch für die wenig diversen Redaktionen. Konstruktiver Journalismus biete das Handwerkszeug, „zukunftsorientierte Debattenformate“ zu entwickeln, etwa Talkshows mit mehr Vielfalt, die unterschiedliche Stimmen präsentieren und dadurch zu mehr Erkenntnisgewinn beitragen.

Fotos: Kay Herschelmann

Impressionen vom 35. Journalismustag: zugehört, kommentiert, gefragt, diskutiert

Wenn man Betroffenen zuhöre und ihre Forderungen an die Politik in den Vordergrund stelle, sei das nicht aktivistisch, sondern diene der Suche nach Lösungen, die genauso kritisch analysiert werden wie Probleme. Für ihren „Hanau"-Podcast habe sie mit den Familien der Ermordeten gesprochen und eine Beziehung zu ihnen aufgebaut, die auf Vertrauen und Empathie basiert, erzählte sie. Die Betroffenen dürften sich nicht viktimisiert oder ausgenutzt fühlen. Den Kontakt halte sie seit 2021 und verfolge, wie es den Menschen geht und was aus ihren Forderungen an die Politik wird. Ihr sei es dabei wichtig, die Betroffenenperspektive auf eine strukturelle Ebene zu heben und zu zeigen, wie sich die Hanau-Berichterstattung einreiht in den Umgang mit Rechtsextremismus und Gewalt. Die Geschichte möchte sie auch Menschen, die nicht von Rassismus betroffen sind, nahbar machen.

Globale Zusammenhänge aufzeigen

Lösungsorientierter Journalismus zeige auf, was noch nicht funktioniert und wie es funktionieren könnte, indem er in andere Länder, auf andere Kulturen blickt und globale Zusammenhänge aufzeigt. So frage sie, was an den europäischen Grenzen schiefläuft, warum dort so viele Geflüchtete sterben und was Deutschland damit zu tun hat? Warum ist die Arbeitslosigkeit in anderen Ländern niedriger und warum werden deren Lösungen hier nicht umgesetzt?" Auf ihren Newsletter „what happened last week" angesprochen, bekräftigte sie, dass es „absolut" wichtig sei, den eurozentristischen Blick auf Länder in Asien, Afrika und Zentralamerika aufzubrechen, und damit Stereotype abzubauen.

Beim konstruktiven Journalismus gehe es nicht darum, Lösungen „zu verkaufen", sondern sie zur Diskussion zu stellen. Journalismus dürfe sich nicht von Clickbaiting verleiten lassen, sondern müsse als vierte Gewalt Missstände aufdecken und dann „etwas bewirken, aber dabei kann man was besser machen". Das sei auch ihr Motiv gewesen, Journalistin zu werden. Wir müssten uns unserer Verantwortung bewusst sein, Lösungsansätze recherchieren, „den Menschen Handlungsoptionen zeigen und ihnen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit geben". Vielleicht kämen sie dann auf neue Ideen und „wir können dem furchtbaren Trend der Nachrichtenvermeidung entgegenwirken!"

Tagesmoderatorin Mirjam Kid (freie Journalistin, DLF) während einer Pause im Gespräch

Sham Jaff gehört zum Kuratorium des Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog, das 2022 in der deutschen Ex-Hauptstadt gegründet wurde – von einer Allianz aus Deutscher Welle, Rheinischer Post Mediengruppe, RTL Deutschland und dem dänischen Constructive Institute an der Universität Aarhus. „Gerade in Krisenzeiten sehen wir, wie wichtig es ist, dass Redaktionen ihr Publikum mit den Problemen nicht allein lassen und den Menschen einen echten Mehrwert durch faktenbasierten und konstruktiven Journalismus bieten", sagte Ellen Heinrichs, Geschäftsführerin des Instituts (Buchrezension S. 9). Im Leitbild wird dieser definiert als „lösungsorientierter, perspektivenreicher

und dialogorientierter. Damit Menschen ihm vertrauen und gute Entscheidungen für ihr Leben treffen können."

Das Institut wendet sich an verschiedene Zielgruppen und lässt Medienprofis zu Wort kommen, die ihre Erfahrungen teilen. Eine von ihnen ist die mehrfach ausgezeichnete Journalistin, Filmemacherin und Autorin Ronja von Wurmb-Seibel, die über den „Sonderfall Kriegsberichterstattung" schreibt. Sie war Politik-Redakteurin bei der „Zeit", bevor sie ab 2013 zwei Jahre lang als Reporterin aus Kabul berichtete. Auf dem Journalismustag sagte sie im Gespräch mit Manfred Kloiber und Tagungsteilnehmenden: „Konstruktiver Journalismus ist bei jedem einzelnen Thema möglich!" Während ihrer Zeit in Afghanistan habe sie viel Leid und Armut erlebt: „Ich wollte diesen ganzen Horror nicht so weitergeben, sondern schauen, wo gibt es einen Hoffnungsschimmer, Perspektiven, wie man es besser machen kann und bin damit sehr gut gefahren", erklärte sie. Bei Recherchen für ihren Dokumentarfilm über einen Terroranschlag in Kabul sei sie auf Studien zur gesundheitsschädlichen Wirkung von negativen Informationen gestoßen und wollte zeigen, wie Medien Geschichten so erzählen können, dass sie Mut machen. Das thematisiere sie in ihrem Buch „Wie wir die Welt sehen. Was negative Nachrichten mit unserem Denken machen und wie wir uns davon befreien".

Nach der Formel „Scheiße plus X"

Wenn Menschen angesichts der vielen Krisen im Internet exzessiv negative Nachrichten konsumieren, mache sie – besonders das Doomscrolling im Internet – mental krank und führe zu Gefühlen von Ohnmacht und Hilflosigkeit. Sie wollten sich informieren, merkten aber, dass der Nachrichtenkonsum „ihr ganzes Leben sprengt" und vermieden ihn. Das wirke sich auf die ganze Gesellschaft auf, „wenn so viele Menschen keine Nachrichten mehr konsumieren, nicht mehr wählen gehen oder sich sozial engagieren". Diesen Trend könne konstruktiver Journalismus umkehren.

Nach psychologischen Forschungserkenntnissen könnten „wir eigentlich sehr gut mit Krisen umgehen", die „allermeisten Menschen halten zusammen, werden solidarisch, wachsen über sich hinaus und werden erfinderisch", so von Wurmb-Seibel. Das einzige, „was wir nicht so gut können", sei der Umgang mit Ohnmachtsgefühlen und Hilflosigkeit. Da sei es wichtig, in der Berichterstattung zu vermitteln, dass „wir immer noch Handlungsmöglichkeiten haben".

Bei Katastrophen wie Erdbeben, „wurde uns beigebracht, dass wir mit einer Spende etwas bewirken können", schwieriger sei es etwa beim innenpolitischen Umgang mit dem Krieg in der Ukraine. Da hätten die meisten nicht gelernt, wie sie sich einbringen und wie sie etwas fordern können", so von Wurmb-Seibel. Das hänge damit zusammen, dass politische Probleme in der Berichterstattung oft zum Dauerthema werden und Lösungsperspektiven fehlen. Es gebe einen Schlagabtausch zwischen den streitenden Parteien und Bewältigungsstrategien würden als „nicht machbar" oder „alternativlos" präsentiert. Medien könnten in dem Fall – etwa mit Verweis auf andere Länder – Druck auf Politiker*innen und andere Führungspersonen ausüben. So sei konstruktiver Journalismus nicht nur gut für die mentale Gesundheit der Menschen, sondern verbessere auch die demokratische Kontrollfunktion der Medien als vierte Gewalt.

Fotos: Kay Herschelmann

Manfred Kloiber führte das Interview mit Ronja von Wurmb-Seibel (Foto oben), die dafür in den Journalismustag zugeschaltet wurde

Wenn es um die Gewichtung von Themen geht, galt bisher „Only bad news are good news". Das bedeutet, nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten, weil sie mehr Aufmerksamkeit bei den Rezipient*innen bekommen. Evolutionsbiologisch bedingt schätzten Menschen negative Informationen als relevanter ein, erklärte von Wurmb-Seibel. So achteten sie eher auf den Tiger, der auf der Wiese steht, als auf die Schafsherde auf der anderen Seite. Da Menschen in Deutschland und Europa heute nur noch selten solche lebensbedrohlichen Gefahren erlebten, stehe uns dieses Reaktionsmuster „heute sehr oft im Weg". Bei der Gewichtung von Themen solle man immer reflektieren, „ist das jetzt so ein Tiger-Moment und kann ich da noch mal gegensteuern".

Wie das geht, brachte sie auf die kernige Formel „Scheiße plus X" – das bedeutet, „dass wir bei jedem Problem, ob beruflich, journalistisch oder privat, nach dem „X" suchen", das Handlungsoptionen aufzeigt. Wenn Rezipient*innen das nicht bekommen, sollten sie andere Medienangebote wählen oder seltener Nachrichten konsumieren, denn „Ohnmachtsgefühle durchlöchern zu häufig unseren Alltag" und verfestigten sich dann. Wenn Medien in Krisenzeiten auch über einzelne positive Beispiele berichten, führe das nicht dazu, dass Menschen sich weniger ohnmächtig fühlten, so von Wurmb-Seibel. Journalist*innen sollten das „X" deshalb immer mitliefern – in jedem einzelnen Beitrag!

Bärbel Röben <<

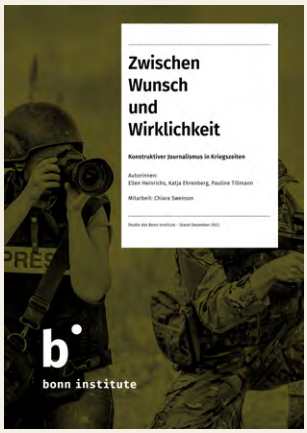
Christoph Schmitz, Mitglied im ver.di Bundesvorstand, eröffnete den 35. Journalismustag

Tip – Aktuell:
„M Der Medienpodcast"
mmm.verdi.de/podcast/
Sham Jaff im Gespräch mit M über die Notwendigkeit, konstruktiv zu berichten

Buchtipp

Konstruktiv über Kriege berichten

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die Zahl der Nachrichtenvermeider*innen in Deutschland sprunghaft auf über ein Drittel des Publikums gestiegen – vor allem wegen der psychischen Belastung durch den Medienkonsum. In der ansprechend gestalteten Publikation des Bonn Institute für konstruktiven Journalismus werden die Hintergründe dieser „News Avoidance“ analysiert und Medienschaffende erhalten Praxis-Tipps, wie sie Menschen so über den Krieg informieren können, dass diese sich nicht hilflos fühlen.



Ellen Heinrichs, Gründerin und Geschäftsführerin des Bonn Institutes, hat zusammen mit Katja Ehrenberg, Pauline Tillmann und Chiara Swenson in einer qualitativen Studie erforscht, wie konstruktive Ansätze im Journalismus „einer unangemessen negativen Weltsicht und Nachrichtenvermeidung“ entgegenwirken können. Sie führten zwischen Mai und Juli 2022 Leitfaden-Interviews mit 16 Mediennutzenden und 12 Journalist*innen.

Die Rezipient*innen wählten sie möglichst divers nach Alter, Geschlecht, Region sowie Lebensumständen aus und bezogen auch Menschen mit ein, die selbst Krieg und Flucht erlebt haben. Die meisten Befragten wünschen sich außer Berichten über das Kriegsgeschehen auch mehr Mut machende, persönliche Geschichten – etwa von Menschen, die sich für den Frieden einsetzen – und ungefilterte Einsichten in die Lebensrealität der Betroffenen. Wichtig sind den Mediennutzenden vor allem vielfältige Perspektiven und konstruktive Lösungen: „Wie können wir diesen Krieg am schnellsten beenden?“ Außerdem solle ausreichend Kontext und Hintergrundinformation vermittelt werden, etwa durch weiterführende Links. Alle wünschen sich eine leicht verständliche Sprache. Zur Verwendung von Kriegsbildern gibt es unterschiedliche Meinungen. Einige befürworten Triggerwarnungen, während andere möchten, dass die Gräuel zur Abschreckung möglichst konkret gezeigt werden.

In einem zweiten Schritt wurden Medienschaffende von ARD bis „Zeit“ befragt – unter ihnen feste und freie Journalist*innen, die entweder in deutschen Redaktionen arbeiten oder als Reporterinnen und Reporter praktische Erfahrung in der Krisen- und Kriegsberichterstattung haben. Die meisten halten eine stärker auf Perspektivenvielfalt und Lösungsorientierung ausgerichtete Kriegsberichterstattung für möglich, doch sehen Probleme bei der praktischen Umsetzung. Sie nennen den ständigen Zeitdruck, hierarchisch geprägte Redaktionskulturen oder ein tradiertes journalistisches Selbstverständnis vom „neutralen Beobachter“. Wenn sie lösungsorientiert berichten, werde ihnen Aktivismus vorgeworfen oder: es sei „zynisch“, konstruktiv über das Thema Krieg zu schreiben. Andere halten dagegen, es sei „konstruktiv“, über erfolgreiche Friedensdiplomatie, historische Vergleichsfälle und ziviles Engagement zu berichten.

Führungskräfte der Medienhäuser müssten mehr Raum und Zeit bereitstellen, um alte Berichterstattungsmuster zu reflektieren und in konstruktive Ansätze zu verändern, sind sich die meisten Befragten einig. Dafür brauche man mehr Fortbildungsangebote und Vernetzung. Dass es bereits zahlreiche Good-Practice-Beispiele für eine konstruktive Berichterstattung gibt, die den Informationsbedürfnissen der Mediennutzenden gerecht wird, zeigen die Autorinnen im Anhang mit kommentierten Beiträgen aus Print, Audio, Video und Multimedia. Sie sind allerdings nicht alle barrierefrei im Internet abrufbar.

Die Studie ist gut lesbar, übersichtlich in neun Abschnitte gegliedert, locker gestaltet mit Grafiken, Bildern, einem Quellen- und Abbildungsnachweis sowie Informationen zu den Autorinnen. Sie bietet eine gute Einführung in den konstruktiven Journalismus – am Beispiel eines brandaktuellen Themas! **Bärbel Röben <<**

Ellen Heinrichs u.a.:
Zwischen Wunsch und Wirklichkeit.
Konstruktiver Journalismus in Kriegszeiten.
Studie des Bonn Institute
www.bonn-institute.org
Dezember 2022, 70 Seiten

Kostenloser Download:
https://kurzelinks.de/bonn-inst-kj

Filmtipp

Bild: WDR/berlin producers Media GmbH

Der Krieg um die Ukraine wird nicht nur militärisch mit Panzern, sondern auch medial mit Propaganda geführt. Er ist der erste, der in Echtzeit in den Medien ausgetragen wird – vor allem im Internet. Ukrainische WarToker*innen, die von der Front berichten, stoßen auf russische Trollarmeen, die auf Instagram posten. Diese Propagandaschlacht wird in der WDR-ARTE-Dokumentation mit viel Video- und Informationsmaterial aus dem Netz analysiert – anschaulich und erkenntnisreich, doch trotz der bunten Bilder inhaltlich etwas schwarz-weiß.

br <<

https://mmm.verdi.de/aktuelle-meldungen/filmtipp-propagandaschlacht-um-die-ukraine-86951

Verfügbar in den Mediatheken von ARTE, ARD sowie den YouTube-Channels von DW Documentaries, z. Bsp:
https://kurzelinks.de/ard-prop-ua

Fishbowl im ver.di Atrium mit Moderatorin Tina Fritsche (links), Kommunikationsexpertin und Gewerkschaftssekretärin „Medien, Journalismus und Film“ bei ver.di Hamburg

Fotos: Kay Herschelmann

Konstruktives im Goldfischglas

Unterschiede aushalten und Gemeinsamkeiten benennen

Zur Auflockerung mal stehen: Die Fishbowl-Diskussion „Stärken der Debattenkultur durch konstruktiven Journalismus“ lud zum offenen Debattierkreis ins ver.di Atrium ein. Ins „Goldfischglas“ der „Fishbowl“ mit Laura Goudkamp, Hanna Israel und Tina Fritsche auf der Bühne durfte jeder springen, der Fragen oder Meinungen zum Thema beisteuern wollte.

Hanna Israel, Projektleiterin von „My Country Talks“ bei Zeit Online

Diese internationale Plattform bringt weltweit Menschen zu kontroversen Vieraugengesprächen zusammen. Zuvor arbeitete Israel als Redakteurin bei Anne Will. Sie gründete das Online Magazin „InPerspective“.

Hanna Israels Plattform „My Country Talks“ hat weltweit bereits eine viertel Million Menschen zu Vier-Augen-Gesprächen zusammengebracht mit der Absicht, Unterschiede auszuhalten und Gemeinsamkeiten zu benennen, zu fragen, „was vereint und nicht nur, was trennt“. Das Bedürfnis, sich auszutauschen sei riesig, wie tausende Bewerbungen zeigten. Nach einem Fragebogen werden Gesprächspaare „gematcht“ – Jung, Alt, Frau, Mann, Divers mit unterschiedlichen Biografien, Erfahrungen, Positionen.

Laura Gouldkamp, die sich seit vier Jahren mit konstruktivem Journalismus beschäftigt und die digitale Transformation beim Bayrischen Rundfunk begleitet, sucht für ihre Formate immer neue Ideen. Gezielt sei sie auf die Korrespondenten von 30 ARD-Studios weltweit zugegangen mit der Frage, welche guten Beispiele und Lösungsansätze es neben den „harten Fakten“ – die oft als negative Beispiele das Denken beeinflussen – aus den Ländern gäbe. „Ich war überrascht, was da zum Weitererzählen zurückgekommen ist.“ Mit Instagram beispielsweise seien junge Menschen konstruktiv zu erreichen.

Menschen zusammenbringen und Offenheit schaffen

Elisabeth Knetsch, angehende Journalistin, sprang als erste aus dem Publikum ins „Goldfischglas“. Sie beschäftigt die Notwendigkeit, gesellschaftliche Probleme zu lösen und Verständigung zwischen Menschen herzustellen. Wie können sich Menschen austauschen, die das sonst nicht tun. Ist Journalismus dazu bereit? Kanäle dafür, meint Laura Gouldkamp, „müssen divers sein.“ Freie Presse sollte immer mit anderen Medienpartnern arbeiten. Um Offenheit zu schaffen, so Hanna Israel, sollte eine fragende und nicht eine endgültig fordernde Haltung eingenommen und Stimmen zu unterschiedlichen Perspektiven wiedergegeben werden.

Felix Huesmann vom Redaktionsnetzwerk Deutschland zeigte sich besorgt, wie in Projekten ein Bild entsteht. Sind Meinungen gleich viel wert? Wie war beispielsweise mit wissenschaftsfeindlichen Ansichten in der Corona-Zeit umzugehen? Gibt es rote Linien? Alle, die sich bei ihrer Plattform anmeldeten, konstatiert Israel, würden überprüft, wer sich menschenverachtend zeige, könne kein Gespräch führen. Natürlich gäbe es Graubereiche, aber „wir wollen Menschen zusammenbringen.“ Und natürlich könne man beispielsweise über die Angst vor Impfungen sprechen.

Philipp Neumaier, Journalismusstudent, fragte, wie mit Opferschutz und Traumareaktionen umgegangen werde. Und wie die Meinung zu Influencern sei, die ohne journalistische Ausbildung Fehler machten? Das Screening für ihre Gesprächsplattform soll sichern, dass es nicht zu solchen Reaktionen kommt, berichtet Israel. Bisher seien das Einzelfälle. Rückmeldungen wären in der Regel positiv. Wobei auch ein Gespräch abgebrochen werde, wenn es sich als Zeitverschwendung erweise. Dass Influencer Erfahrungen nicht filtern, sondern zusammenwerfen, sei nicht zu verhindern. Wichtig sei, so Gouldkamp, dass Qualitätsmedien präsent sind. „Wir können moderieren und journalistisch einordnen. Über Social Media machen wir auch einen guten Job."

Gefährlich: Schnelle Automatismen und niedrige Toleranzschwellen

Negative Nachrichten beeinflussen das Denken. Wie, so eine Frage der Moderatorin Fritsche, wirkt konstruktiver Journalismus? Sie persönlich könne etwas verändern, meint Gouldkamp. „Ich kann gute Beispiele suchen, bin offen für Hinweise und sehe, dass viel zurückkommt." So käme man weg von Ohnmachtsgefühlen. Gefährlich seien, so Israel, schnelle Automatismen und niedrige Toleranzschwellen. Lösungsorientierung zu finden, sei wichtig. „Ohnmacht ist für niemanden förderlich."

Noelia Sanchez-Barón, Redakteurin für den „Stern", interessierte, wie die Verbindungen zu Instagram, Tik Tok und anderen sozialen Medien aufgebaut seien. Es gäbe beispielsweise ARD Accounts, erklärt Gouldkamp, die von den Sendern mit wöchentlich wechselnden Chefs vom Dienst betreut würden. Aber insgesamt gäbe es zu derartigen Verbindungen noch manches zu besprechen.

Sarra Chaouch-Simsek, Lernende an der deutschen Journalistenschule, fragte, wenn konstruktiver Journalismus in sozialen Medien stattfinde – wie es dann in den öffentlich-rechtlichen Medien sei. Ja, meint Gouldkamp, auch im Fernsehen müsse das geschafft werden. Positive Effekte zeigten sich beispielweise im Weltspiegel. Redaktionen müssten Perspektivenvielfalt in der Strategie festschreiben und Strukturen ändern. Noch seien Führungsetagen weiß und männlich geprägt. Zudem sei Aufklärung nötig, findet Israel. Viele Journalistinnen und Journalisten wüssten noch nicht, was konstruktiver Journalismus ist.

Laura Goudkamp, Reporterin und Digitalexpertin beim Bayrischen Rundfunk

Sie entwickelt u.a. Formate für junge Zielgruppen. Sammelte über Weltspiegel Digital und den gemeinsam aufgebauten Kanal@Weltspiegel erste Erfahrungen mit konstruktivem Journalismus.

Noch mal nach Beispielen für konstruktiven Journalismus befragt, verwies Gouldkamp auf amerikanische Plattform „Jubilee", wo Formate in vielen Nuancen zusammenkommen und „Menschen willkommen" sind. Israel sieht Chancen, sich aus unterschiedlichen Perspektiven anzunähern. Ganz verschiedene Menschen in Interviews zusammenzubringen, sich dabei auch höchst kritischen Fragen zu widmen und bedachtsam damit umzugehen, brächte „unfassbare Expertise". **Bettina Erdmann <<**

Anzeige

PRESSE-VERSORGUNG

Weil Intelligenz immer häufiger künstlich ist. Auch im Journalismus.

Gut ausformulierte Texte, eigens erdacht und in kürzester Zeit niedergeschrieben von Maschinen: ChatGPT, Neuroflash, Jasper und Co. werden den Journalismus verändern. Wie genau das aussehen wird – ungewiss.

Was dagegen sicher ist: Ihre Zukunft bei uns. Mit maßgeschneiderten Vorsorgekonzepten für Medienschaffende. Damit für Sie später alles passt – egal, was noch passiert.
Ihre **www.presse-versorgung.de**

Fotos: Kay Herschelmann

Tobias Meilicke (li.) von der Beratungsstelle „veritas“

Vermeiden Sie Faktendiskussionen!

Verschwörungsmythen und Fake News kontern

Wie umgehen mit Verschwörungsgläubigen? Erfahrungen aus dem Alltag seiner Beratungsstelle veritas teilte Mitgründer Tobias Meilicke mit einem großen Kreis Interessierter im Workshop „Konstruktiv kontern: Verschwörungsmythen und Fake News entlarven und entgegnen“. Die vom Land Berlin geförderte Anlaufstelle (**www.veritas-berlin.de**) hat seit Mai 2021 über 1.000 Anfragen erhalten, wobei 90 Prozent aus dem familiären Umfeld kamen.

„Einsteiger“ erhofften sich, dass ihnen Verschwörungserzählungen helfen würden, persönliche Krisen zu überwinden. Meist träfe es Menschen mit einem geringen Selbstwertgefühl, auch Angst und Ohnmachtsgefühle spielten hier hinein. Das „Zuwendungsmotiv“ sei in den meisten Fällen Langeweile, das „Bindungsmotiv“ Geborgenheit und Halt, Identität und Anerkennung.

Meilicke unterschied drei Gruppen: Da seien zum einen die Verschwörungsinteressierten, die diese Erzählungen noch nicht in ihr Welt- und Selbstbild integriert hätten. Bei der zweiten Gruppe, den Verschwörungsgläubigen, sei das schon passiert. Die Verschwörungsideologen profitierten davon und nutzen das für den eigenen Aufstieg aus.

Im Umgang mit der ersten Gruppe geht es laut Meilicke vor allem darum, gut zuzuhören und Fakten zu hinterfragen, gern mit Faktenchecks. Hilfreich sei eine gemeinsame Liste zu seriösen Quellen. Das könnte auch die Scham des Gegenübers senken, auf unseriöse Quellen hereingefallen zu sein. Meilicke warnte vor zu vielen, letztlich schwächer werdenden Argumenten. Es reichten drei gute. Und er riet von Statistiken ab: „Bringen Sie emotionale Geschichten!“, so die veritas-Erfahrung. Auf keinen Fall sollten Verschwörungserzählungen und ihre Details wiederholt werden, weil sie sich so festsetzten. Und: „Interessieren Sie sich für die sozialen Bedürfnisse und Gefühle Ihres Gesprächspartners.“

Im Gespräch mit Verschwörungsgläubigen sollten zunächst immer Ziel – will ich Dritte schützen oder mich selbst? –, Funktion und Setting definiert werden. Meilickes Appell hier: „Vermeiden Sie Faktendiskussionen und Debunking! Das bringt nichts, weil das Gegenüber das als Angriff auf die eigene Person wahrnimmt.“ Er riet zu konkreten Fragen und klaren Grenzen. „Setzen Sie Grenzen in Ich-Botschaften! Nicht: Du bist blöd“, sondern „Da kommen wir inhaltlich nicht zusammen. Das überfordert mich gerade. Bleiben Sie immer auf Augenhöhe und verzichten Sie auf Beleidigungen!“ Die Gespräche sollten nicht auf der Sachebene, sondern emotionsbasiert geführt werden. Etwa bei Corona: „Ich höre gerade ganz schön viel Angst heraus.“ Sinn mache es, gemeinsame Themen zu finden, zum Beispiel über Fotos oder Hobbies.

Von den Medien wünschte er sich hin und wieder einen Perspektivwechsel. So sollten auch Journalist*innen mitdenken, was mit Verschwörungsgläubigen passiere, wenn sich etwa Angehörige abwendeten.

Zugleich warnt Meilicke: Das Stresslevel von Verschwörungsgläubigen sei permanent erhöht, daraus folgten gesteigerte Aggressionen. Journalist*innen riet er dazu, auf sich selbst zu achten. Er vergleiche das gern mit der Ansage im Flugzeug: Wenn der Druck abfalle, zuerst sich selbst die Sauerstoffmaske aufsetzen und dann dem Nachbarn. Bei Recherchen im Milieu könnten „Tut-mir-gut!“-Listen am Kühlschrank helfen. Und der Austausch mit Kollegen: „Lass es raus!“

Grace Pönitz <<

Fünf Workshops fanden zeitgleich in verschiedenen Räumen statt

Die Macht der Sprache

Wie eine tendenziöse Wortwahl die Leser*innen beeinflusst

Eigentlich sollte es für jede Journalistin, für jeden Journalisten eine Selbstverständlichkeit sein: Im Hinblick auf die Reaktionen unserer Rezipient*innen geht es nicht nur darum, über was wir berichten. Ganz entscheidend ist auch ein Bewusstsein dafür, wie wir berichten, also welche Worte wir wählen. In diesem Sinne führte Daniel Bax in seinem Workshop „Sieh´s doch mal anders! Wie wir Klischees und gängige Narrative durchbrechen können“ ein engagiertes Plädoyer dafür, mit Sprache sensibel umzugehen. Bax hat lange für die „taz“ gearbeitet, ist heute am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung tätig und engagiert sich bei den „Neuen deutschen Medienmacher*innen“. Im Workshop demonstrierte er, wie eine tendenziöse Wortwahl Leser*innen gezielt oder unbeabsichtigt beeinflusst.

Er machte dies zunächst an einem Foto deutlich, das mehrere junge Männer abbildet. Auf Bax Frage, welche Bildunterschrift dazu passen würde, bot das Auditorium eine Fülle von Vorschlägen an, die Bax noch um einige ergänzte: Im Angebot waren unter anderem „Ausländer“, „Türken und Araber“, „Muslimische Jugendliche“, Geduldete Asylbewerber“, „Geflüchtete“, „Streetgang“ oder „Migrationshintergrund“ – allesamt Labels, die einseitig auf die vermutete Herkunft der abgebildeten, mehrheitlich dunkelhaarigen Männer abzielen. Bax deckte auf, dass das Foto im Rahmen einer Preisverleihung entstand, bei der die Männer im Rahmen einer Essener Initiative für ihr soziales Engagement ausgezeichnet wurden. „Die Wahl der Bildunterschrift prägt, wie man ein Foto sieht“, so Bax. Je nachdem, welchen Aspekt man hervorhebt, werden Vorstellungen oder Wertungen erzeugt, werde die Wahrnehmung in eine eher positive oder eher negative Richtung gelenkt.

*Daniel Bax, u.a. engagiert bei den „Neuen deutsche Medienmacher*innen“*

Genauso funktioniere es bei den Überschriften. Bax erläuterte dies am Thema der Migration, für das es viele Metaphern gebe. 2015 habe eine angstbesetzte Konnotation im Vordergrund gestanden. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ wurde mit Schlagworten wie „Flüchtlingsstrom“, „Massenzustrom“ oder „Flüchtlingswelle“ untermauert. Solche Metaphern, die die Ankunft von Menschen in die Nähe einer Naturkatastrophe rücken, hätten das Bild einer Gesellschaft impliziert, die einem Phänomen ohnmächtig und machtlos ausgeliefert ist, so Bax. Er stellte fest, dass heute anders, weitaus nüchterner darüber gesprochen werde. Die Sprache im politischen Raum komme nicht drum herum, Phänomene zu benennen, ohne sie zu dramatisieren oder zu verharmlosen. Ein „richtig“ oder „falsch“ gebe es nicht, so Bax. Er selbst würde jedoch einen Begriff wie „Flüchtlingskrise“ stets in Anführungszeichen setzen – anders als es beispielsweise 2015 bei der „Tagesschau“ der Fall war.

Anhand von vielen weiteren Beispielen wie „Dönermorde“, „Hassprediger“, „Integrationsverweigerer“ oder „Parallelgesellschaft“ wird im weiteren Verlauf deutlich, wie wichtig es ist, sich als Journalist*in immer wieder über die eigene Wortwahl und ihre mögliche Wirkung Gedanken zu machen. Um zu vermeiden, dass man Rechtspopulisten in die Falle geht, sei es nützlich, sich mit Leuten zu unterhalten, die einen „anderen“ Blick haben. So ließen sich andere Narrative in die eigene Wahrnehmung integrieren. Bax verwies schließlich auf das NdM-Glossar. Das „Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft“ könne bei der Suche nach den richtigen Worten Unterstützung leisten.

https://neuemedienmacher.de

Ute Christina Bauer <<

Umgang mit Gewalt

Angriffe auf Journalist*innen erneut gestiegen

Journalist*innen und Medienschaffende sind in ihrem Beruf besonderen Gefahren ausgesetzt. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der digitalen, verbalen und physischen Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten in Deutschland abermals gestiegen. Expert*innen gehen außerdem von einer hohen Dunkelziffer aus. Heike Kleffner vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. erklärte in ihrem Workshop auf dem Journalismustag, wie Medienschaffende sich vor Angriffen und Bedrohungen im Netz und auf der Straße schützen können und wo es Unterstützung für Betroffene gibt.

Eine kurze Abfrage unter den Teilnehmenden des Workshops genügt, und schon wird klar: Es betrifft alle. Nicht alle anwesenden Journalist*innen machen die gleichen Erfahrungen mit Hass im Netz, Anfeindungen auf der Straße oder sogar Bedrohungen am Wohnort. Aber alle kennen das Gefühl der Unsicherheit.

Insbesondere medienschaffende Frauen, People of Color, Jüd*innen und LGBTIQ seien Anfeindungen ausgesetzt, betonte Kleffner. Aber auch Journalist*innen, die zu bestimmten Themen berichten (z.B. Geflüchtete, Migration, AfD, Rechtspo-

pulismus und Sexis-mus) sind von Hassrede betroffen. Darüber hinaus macht es einen Unterschied, ob Journalist*innen vorwiegend in Nachrichtenredaktionen arbeiten oder als Reporter*innen rausgehen. Dennoch betont Kleffer, dass Täter*innen meist nicht die Individuen meinten, Angriffe gelten einem abstrakten Feindbild. Medienschaffende würden als Repräsentant*innen einer verhassten Gruppe wahrgenommen. Rechte und Populisten trügen mit dem Lügenpressenarrativ massiv zu einer aggressiven Stimmung bei.

Viele Betroffene berichteten Kleffner zufolge von psychischen Belastungen durch Hasskampagnen im Netz und von Angriffen in der realen Welt. Kleffner riet, Bedrohungen und Angriffe zu melden und sich Hilfe bei Arbeitgebern und im sozialen Umfeld zu suchen. Je nach Situation könne auch eine psychologische Betreuung oder eine Traumaambulanz der richtige Anlaufpunkt sein.

Auf der Website **www.schutzkodex.de** finden Journalist*innen und andere Medienschaffende zum Beispiel Unterstützung, wenn sie Gewalt und Hetze erleben. Sie erfahren dort auch, ob ihr Arbeit- oder Auftraggeber dem „Schutzkodex für Medienschaffende in Bedrohungslagen“ beigetreten ist. Für betroffene Journalist*innen werden über die Website geschützte Online-Stammtische angeboten, damit sie Erfahrungen austauschen können. Auch staatliche und zivilgesellschaftliche Meldestellen (z.B. „Meldestelle gegen Hass im Netz“ oder „Keine Macht dem Hass“) bieten Unterstützung bei Bedrohungen im Internet. Bei Onlinewachen der Polizei und Staatsanwaltschaften können Vorfälle zur Anzeige gebracht werden.

Heike Kleffner vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer Gewalt e.V..

Immer mehr Journalist*innen wollen auch ihren Eintrag beim Einwohnermeldeamt sperren lassen, weil sie bedroht werden. Das sei derzeit in vielen Bundesländern jedoch nicht einfach, räumte Kleffner ein. Doch die Sensibilität der Behörden für mögliche Gefahren sei gewachsen und auch rechtlich wurde nachgebessert. **Julia Hoffmann <<**

Trau Dich zu verhandeln!

Konstruktiv mit finanziellen Herausforderungen als Freiberufler umgehen

Pascale Müller recherchiert u.a. zur Arbeitsausbeutung für Print, TV und Radio und erhielt für ihre 2018 bei bei BuzzFeed und Correctiv publizierte Sozialreportage zu sexualisierter Gewalt gegenüber Erntehelferinnen in Spanien, Marokko und Italien den Nannen-Preis. Die freie Investigativjournalistin lud zum Erfahrungsaustausch. Wie können Freie die finanziellen Herausforderungen ihrer Arbeit bewältigen?

Seit zehn Jahren ist Müller Freie und wird oft gefragt, wie sie das macht. Angesichts ihres errechneten Nettoeinkommens von monatlich 1.145 Euro – die Armutsgrenze liegt in Deutschland bei 1.251 Euro für Alleinlebende – sei sie „stolz auf die Ausdauer, das durchzuhalten.“ Privat hat sie ihren Wohnort nach Brandenburg verlegt, der niedrigeren Mieten und Kosten wegen.

Freie Tätigkeit ist nicht einfach zu finanzieren. Davon berichtete auch die Runde in lebhafter Diskussion. Da journalistische Medien – und hier vor allem Print – schlecht bezahlen, geben Freie zusätzlich Seminare, betreiben PR als zweites Standbein (was durchaus zu Interessenkonflikten führen kann), arbeiten in Projekten bis zu 80 Stunden in der Woche oder gründen eigene kleine Unternehmen. Kurz: Sie betreiben weniger Journalismus, um zu überleben. Prekäres Einkommen dränge nicht wenige aus dem Beruf. „Es liegt nicht an euch“, ermutigt Müller, das sei Marktversagen. Andere Finanzierungsmodalitäten für Journalismus als das klassische Verlegermodell würden gebraucht.

Pascale Müller, Investigativreporterin

Trotzdem gibt es Wege, eine Mischung fürs freiberufliche Arbeiten zu finden. Müller hält eine Checkliste bereit. Freie sollten realistische Erwartungen an den Auftrag haben und Mehrfachverwendungen absprechen. Nebenjobs seien in Erwägung ziehen – die KSK akzeptiere auch 520-Euro-Jobs in anderen Metiers. Corporate Jobs und Vernetzungen seien hilfreich. Und nicht zuletzt Verhandlungsgeschick. „Trau dich, zu verhandeln!“ Oft sei bei Honoraren mehr drin. Es ist gut, dafür Infos – beispielsweise bei den Freischreibern unter **www.wasjournalistenverdienen.de** – einzuholen. Eine Schmerzgrenze sei zu ziehen, unter der man den Auftrag ablehnt. Dieses Selbstwertgefühl ist wichtig, so Müller. „Sonst machen sie mit dir, was sie wollen.“

Bei größeren Recherchen – auch das bewegte im Workshop – sollte man eine Kostenaufstellung vorlegen. Was wird gebraucht, um das Thema gut zu recher-

chieren? Worauf gründet sich meine Honorarforderung? Die dju in ver.di hält dafür eine Angebotsbeilage mit allen wesentlichen Kosten bereit, die (Solo)-Unternehmen erwirtschaften müssen. Motto „Transparenz und Fairness schaffen Vertrauen“. (https://dju.verdi.de/) Unbedingt sollten für Qualitätsjournalismus auch Stipendien wie das der Otto-Brenner-Stiftung für kritische Recherche herangezogen werden. Eine Stipendien-Auflistung ist beim Netzwerk Recherche zu finden. (https://netzwerkrecherche.org). Insgesamt, so konstatierte die Runde, wäre es hilfreich, wenn die freiberufliche Welt besser organisiert wäre.

Eine engere Vernetzung, auch über ver.di, mehr Solidarität und Einsatz wurden angemahnt. Eine Lobby müsse geschaffen werden. Letztlich, so einer der Diskutanten, sei es nicht die Frage, Geld zu verdienen; schwierig sei, wieviel man dafür arbeiten muss. Wieviel Zeit bleibt noch am Tag fürs Leben? **Bettina Erdmann <<**

Qualität wichtiger als das Label

Diskussion mit Redakteur von „Perspective Daily“ über die Prinzipien des Magazins

Nur einen „ausgeruhten“ Artikel pro Tag veröffentlicht das seit 2016 erscheinende Online-Magazin „Perspective Daily“, erklärte Redakteur Chris Vielhaus beim 35. Journalismustag in seinem Workshop. Ruhe müssen auch die Leser*innen von „Perspective Daily“ mitbringen, denn die Artikel sind lang. Sie werden langfristig mit ausführlicher Recherche geplant.

Unter der Überschrift „Handwerk mit Perspektiven“ diskutierten die Teilnehmer*innen im meistbesuchten Workshop des Nachmittags, wie sich „konstruktive Erzählformen in den journalistischen Alltag einbringen“ lassen. Mit einem kleinen Quiz im Saal zu den Prozentzahlen von Analphabetentum, Kindersterblichkeit und Suizidrate zeigte Vielhaus, dass die wissenschaftliche Erkenntnis stimmt: Die Mehrheit der Nachrichteninteressierten schätzt die Wirklichkeit negativer ein als sie ist. Deshalb orientiere sich seine Redaktion an dem Spruch des US-Therapeuten Steve de Shazer „Das Reden über Probleme schafft Probleme. Das Reden über Lösungen schafft Lösungen“.

Vielhaus stellt die sechs Leitprinzipen seiner Redaktion zum konstruktiven Journalismus vor: Zukunftsorientiert berichten mit der Frage, wie kann es weitergehen. Nach vorhandenen Lösungsansätzen woanders suchen und nicht nur nach Verantwortlichen, ohne Schönfärberei oder Anpreisen von Patentrezepten. Wissenschaft nutzen als Basis der Recherche. Die Entstehung eines Missstands erläutern. Und schließlich als sechstes die Veränderbarkeit von Missständen unterstreichen und die „Selbstwirksamkeit“ betonen, also die Möglichkeiten beleuchten, die auch Leser*innen haben, wie es etwa Prozesse beim Bundesverfassungsgericht zu Klima- und Datenschutz und „Gender Pay Gap“ gezeigt haben.

Zur Alltagstauglichkeit der Prinzipien in anderen Redaktionen gab Vielhaus zu, dass nicht alles aus seiner Online-Redaktion auf andere Formate übertragbar sei, aber es sei „hilfreich, sich die Prinzipien immer wieder klar zu machen“. Alexandra Haderlein von den Nürnberger „Relevanzreportern“ berichtete, ihr Medium versuche, auch Lösungsansätze aller Beteiligten und Betroffenen in öffentlichen Debatten deutlich zu machen.

Etliche der auf den ersten fünf Folien vorgestellten Punkte wie die wissenschaftlich fundierte Basis und die gründliche, ergebnisoffene Recherche lösten beim Wissenschaftsjournalisten und Vorsitzenden der Fachgruppe Medien, Manfred Kloiber, die frustrierte Frage aus, ob das „Wiederaufleben“ der journalistischen Prinzipien unter dem Namen „Konstruktiver Journalismus“ nicht zeige, wie schlecht die Bedingungen für guten Journalismus geworden seien. Sicher seien die „Standards verwässert“ worden, hieß es in der Diskussion, konstruktiver Journalismus sei aber „nicht nur ein neues Label für alte Tugenden“. Doch letztlich sei es für alle, die guten Journalismus wollen, „verfehlt“, sich um Labels zu streiten. Diesen Einschätzungen in der Diskussion stimmte Vielhaus zu und sagte: „Ob da am Ende konstruktiver Journalismus draufsteht oder Qualitätsjournalismus, ist mir egal.“

Susanne Stracke-Neumann <<

Chris Vielhaus vom Online-Magazin „Perspective Daily“ *Fotos: Kay Herschelmann*

Jenseits bloßer Problemschilderung

Bereits bei den Themen einen konstruktiven Fokus setzen

Moderatorin Miriam Scharlibbe (Chefredakteurin Content Entwicklung Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag)

„Keine Lösung ohne Problem: Wie funktioniert konstruktiver Journalismus in der Praxis?“ war Thema der abschließenden Podiumsdebatte mit vier Protagonist*innen, die eigene Erfahrungen und mediale Best-Practice-Beispiele vermittelten.

Alexandra Haderlein (Relevanzreporter Nürnberg)

Dass auch bei ihnen nicht alle Blütenträume reifen, bekannten sie freimütig. „Man versucht vieles, manches funktioniert nicht, da ist Scheitern immanent“, erklärte Chris Vielhaus, Redakteur beim Onlinemagazin „Perspective Daily“. Steffen Bayer, einer der Gründer der lösungsorientierten ZDF-Reihe „Plan B“, gestand, dass die Redaktion es nach ein bis zwei Jahren aufwändiger Recherche aufgegeben habe, danach zu forschen, wie die Deutsche Bahn tatsächlich gut funktionieren könne. Und Dr. Ute Scheub, als „taz“-Mitgründerin und renommierte Klimajournalistin eine Pionierin kritisch-konstruktiven Journalismus, wartet noch immer auf die Verwirklichung ihres Traums, den Börsenbericht vor der abendlichen „Tagesschau“ durch eine kurze, positive Nachricht zu ersetzen. Dabei „wäre es so nötig, um die Stimmung im Land verändern zu können“.

Chris Vielhaus (Perspective Daily)

Raus aus der Blockade

Zusammen mit Alexandra Haderlein, Gründerin von „Relevanzreporter“ – das Start-up betreibt konstruktiven Community-Journalismus im Lokalen – und Moderatorin Miriam Scharlibbe, Chefredakteurin für Content und Entwicklung beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag sh:z, forschte das Podium zunächst nach überzeugender Rechtfertigung für das eigene journalistische Konzept. Aus der Nutzerperspektive sei es nötig, „Bedürfnisse zu befriedigen“, nachdem die klassische Lokalzeitung durch Schrumpfen und Sparen „nicht mehr das ist, was sie mal war“, erklärte Haderlein. Scheub hielt Klimaberichterstattung ohne konstruktive Komponente heutzutage für „gar nicht mehr möglich“, sofern man nicht Abwehr oder Depressionen beim Publikum erzeugen wolle. Es mangele zudem nicht an ökologischen Lösungen, vielmehr „fehlt ihre Umsetzung durch die Politik“. Auch Vielhaus sah das Problem, dass Politik und Interessengruppen aus der Industrie vorhandene Stellschrauben nicht nutzten. Es sei dringlich, „Machtstrukturen aufzudecken und mit journalistischer Wächterfunktion zu entlarven“, um Wege „raus aus der politischen Blockade“ zu zeigen.

Steffen Bayer (Plan B/ZDF)

„Konstruktiver Journalismus erzählt die gesamte Geschichte“, postulierte Bayer. Es sei kein „Wohlfühljournalismus“, er schließe harte, investigative Recherche sehr wohl ein. Der Aufwand, „gleichzeitig über Lösungen zu berichten“, werde oft unterschätzt. Gelte es doch, nicht nur die klassischen W-Fragen zu beantworten, sondern tiefer zu bohren: Wo liegen Kritikpunkte? Wer kann das bestätigen? Wer hat schon Lösungen? Was macht das Ausland?

Vor allem viel Arbeit

„Eine fette Recherche pro Woche“ versprechen die Nürnberger „Relevanzreporter“ – 26 Leute, darunter viele Freiberufler – ihren Rezipienten. Man habe sich komplett losgesagt vom „Hechel-hechel-Terminjournalismus“, wolle die Stadt gar nicht in ihrer ganzen Breite abbilden, sondern über Themen berichten, „die morgen noch relevant sind“. Leser*innen sollten Erklärungen erhalten und Orientierung. Gleichzeitig sei transparent zu machen, wie lange solche Recherchen dauern. So, meint Alexandra Haderlein, könne man „auch Vertrauen in die Medien zurückholen“. Den Faktor Zeit sah Steffen Bayer als „stärksten Druck“. Nicht nur zu vermelden, sondern eben auch Lösungen vorzustellen, erfordere oft großen Aufwand, solche Ansätze zu finden, zu prüfen, ob sie wirklich Zukunftspotenzial böten, wissenschaftlich untermauert und erfolgverspre-

chend seien. „Guter konstruktiver Journalismus macht vor allem viel Arbeit und fordert, Stoffe anders zu denken“, so der Fernsehmann. Es sei ein Privileg, das beim ZDF ohne ständigen finanziellen Druck machen zu können. – Bei „Perspective Daily“ etwa sehe das anders aus. Chris Vielhaus berichtet von einer notwendigen Rettungsaktion des communitybasierten Mediums im Vorjahr, bei der es gelang, 2000 neue Mitglieder zu gewinnen und Gutscheine zu vertreiben. Da das Medium auf zahlende Mitglieder setze und kein Geld durch Werbung einspiele, müssten Redakteur*innen oft Social-Media-Betreuung und Marketingaufgaben mit übernehmen, was die Arbeitsbelastung erhöhe. Idealerweise biete das Ziel, einen konstruktiven Artikel pro Tag zu veröffentlichen, den zehn Redakteur*innen jedoch etwa zwei Wochen Zeit, sich in ein Thema zu vertiefen.

Fotos: Kay Herschelmann

Tagesmoderatorin Mirjam Kid, freie Journalistin, DLF (1. von links)

Gemeinnützig wollen sich künftig auch die „Relevanzreporter“ finanzieren, die bislang von Crowdfunding und der Anschubfinanzierung durch eine Stiftung leben, aber verstärkt auf ein „klassisches Abo-Modell“ setzen, von dem sich laut Haderlein „abzeichnet, dass es funktioniert“. Eine Lanze brachen Podiumsgäste nicht nur für ein junges, sondern auch für ihr ältere Publikum. „Plan B“-Zuschauer seien im Durchschnitt 68 Jahre alt, so Bayer. Vielhaus vermittelte die Erfahrung, dass „eher Ältere“ bereit und in der Lage seien, für guten Journalismus etwas zu zahlen. Doch sei es angesichts multipler Krisen in der Gegenwart nötig, „alle Generationen mitzunehmen, ohne Angst davor zu haben“, hieß es in der späteren Aussprache.

Vom Gelingen erzählen

„Gemeinwohlorientiertheit“ sah Ute Scheub als erfolgversprechendes Zukunftsmodell und forderte von Journalisten vor allem „Reflektionsvermögen“. Mit einem „konstruktiven Schwänzchen“ am Ende eines Textes sei kritisch-konstruktivem Journalismus nicht genüge getan. Miriam Scharlibbes Frage, welche Ideen für konstruktiven Journalismus die Gesprächspartner beisteuern und welche ersten Schritte sie empfehlen könnten, schien folgerichtig. Chris Vielhaus riet Journalist*innen, bereits bei der Themensetzung einen konstruktiven Fokus zu setzen, Leitprinzipien zu definieren und sich das Toolkit konstruktiven Herangehens im Arbeitsprozess ständig zu vergegenwärtigen. Einerseits fordere das im Lokalen oft, Themenbereiche bewusst einzugrenzen, andererseits ende die Arbeit nicht mit der Beschreibung eines Problems, befand Alexandra Haderlein. Denn immer stelle sich die weiterführende Frage: Was machen wir jetzt?

„Alle Stoffe kann man konstruktiv denken“, unterstrich Steffen Bayer. Das sei eine „Entscheidung in den Köpfen der journalistischen Macher und eine Haltungsfrage“. Hinsichtlich der journalistischen Darstellung gab er zu bedenken, dass es wesentlich schwieriger sei, spannend zu erzählen, „wenn man weiß, dass am Ende alles gut wird“. Geschichten des Gelingens seien herausfordernd, womöglich funktioniere eine „Heldenreisen-Dramaturgie“. Auch Ute Scheub fand Happy-End-Geschichten oft „total langweilig“, vieles ähnele sich, während sich Scheitern viel spannender schildern lasse: „Man muss für konstruktiven Journalismus eine Mischung finden, das ist es!“ Haderlein empfahl, Interesse zu wecken und Perspektiven zu zeigen, indem für eine Story möglichst „alle beteiligten Protagonisten mit unterschiedlichen Sichten auf die Bühne“ gehoben würden.

Dr. Ute Scheub (Netzwerk Klimajournalismus)

Kein Nischenmodell

Für den „richtigen Mix aus Good News und Bad News“, sprach sich Tagesmoderatorin Miriam Kid in der anschließenden Debatte aus und verwies auf vorhandene** sowie neu angekündigte Studien dazu, wie konstruktiver Journalismus wirkt. Rundfunkjournalist Manfred Kloiber bekannte, Skepsis überwunden zu haben und in konstruktivem Herangehen nun ein „wertvolles Konzept“ zu sehen, „Qualitätsjournalismus neu zu beleben“. Doch spiele sich das überwiegend „in einer Nische ab“. Bayer widersprach vehement: „Das ist kein Nischenjournalismus.“ Konstruktives Potenzial müsse in der Breite erkannt und mitgedacht werden. Einen „Journalismus der zweiten Art“ nannte die freie TV-Journalistin Katharina Fiedler das Konzept und unterstrich seine Chancen. Gegen eine Einordnung als „Slow-Journalismus“ im Gegensatz zur aktuellen Tagesberichterstattung, den Diskutant Wolfgang Mayer unterstellte, wandte sich Alexandra Haderlein. Ebenso wenig handele es sich um ein „Innovationslabor nur für die Jungen“. Verlagsleitungen, aber auch Gewerkschaften wie die dju in ver.di und die Kolleg*innen selbst müssten dafür sorgen, dass ein Umdenken zu konstruktivem journalistischen Herangehen befördert und die notwendigen Arbeitsbedingungen dafür geschaffen werden.

Helma Nehrlich <<

**** Beispiele für Studien**

Uli Gleich, Institut für Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik (IKM) der Universität Koblenz-Landau für ARD-Forschungsdienst
https://kurzelinks.de/ard-nutz-kj

Grimme Institut
https://kurzelinks.de/grimme-kj

Fotos: Kay Herschelmann

Bundesvorstand der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di (v.l.n.r.) Alexandra Roth (Fotografin), Johann Stephanowitz (Zeit Online, Jugend), Lars Hansen (Funke Mediengruppe), Peter Freitag (Rheinische Redaktionsgemeinschaft), Tina Groll (Zeit-Online), Jan-Marcus Holz (MDR), Renate Gensch (Selbstständige), Annette Rose (Selbstständige).

Weitere Mitglieder sind Alina Leimbach (Selbstständige, taz), Michael Trauthig (Stuttgarter Zeitung).

In seiner konstituierenden Sitzung am. 2. März hat der dju-Bundesvorstand erneut Tina Groll als Vorsitzende, Peter Freitag sowie Lars Hansen als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Medien, Journalismus, Film neu aufgestellt

Für eine freie Presse und einen zukunftsfesten öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die deutsche Medienlandschaft hat aufregende Jahre hinter sich. Auf der Konferenz der Bundesfachgruppe „Medien, Journalismus und Film" von ver.di in Berlin wurde nach vier Jahren wieder Bilanz gezogen und in die Zukunft geblickt. Die Delegierten debattierten über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die zurückliegenden Tarifabschlüsse und das Verhältnis zwischen festen und freien Medienschaffenden. Ein neuer Bundesfachgruppenvorstand wurde gewählt.

Die vergangenen vier Jahre habe die Fachgruppe nicht nur in der innerorganisatorischen Transformation gefordert, sagte der Vorsitzende Manfred Kloiber bei der Vorstellung des Geschäftsberichtes. Die globalen Krisen aus der Covid-Pandemie seit März 2020 und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe die Fachgruppe auch in weiteren Tätigkeitsfeldern vieles abverlangt und vor teilweise neue Aufgaben gestellt. Homeoffice, Kurzarbeit und die Unterstützung ukrainischer Kolleg*innen wurden organisiert.

Darüber hinaus prägten zahlreiche Tarifauseinandersetzungen und Streiks den Zeitraum des Berichts. Besonders hob Kloiber auch das zunehmend feindliche Klima für Medienschaffende und insbesondere Journalist*innen hervor. Die Fachgruppe und ver.di insgesamt seien aber wehrhaft und verteidigten eine freie Presse, den freien Rundfunk und damit einen Grundpfeiler der Demokratie. Auch die Ereignisse in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten thematisierte Kloiber. Sie seien in tarifpolitischer Hinsicht, aber auch was Transparenz, Mitbestimmung und Gremienarbeit anginge wichtig für die Arbeit der Fachgruppe gewesen und werden es auch künftig bleiben.

Auch der virtuell zugeschaltete Bundesfachbereichsleiter Christoph Schmitz betonte in seiner Rede die Haltung der Gewerkschaft in Krisenzeiten: „Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sagte zum Jahreswechsel, dass jetzt nicht die Zeit für Kapitalismuskritik sei. Das sehe ich anders." Weil sich gerade in Krisenzeiten die Schere zwischen arm und reich immer mehr öffne, müsse es das gewerkschaftliche Ziel sein, dagegenzuhalten. Auch gegen das rauer werdende Klima für unabhängigen Journalismus gelte es zu handeln. Schmitz sagte, er wünsche sich vor allem mehr Durchbrüche in Tarifverhandlungen. Dort habe es zuletzt auch immer wieder Erfolge gegeben, wie beispielsweise beim Berliner „Tagesspiegel" oder beim Organizing in Start-ups.

Vielfalt und Unabhängigkeit stärken

Mit dem Leitantrag der Konferenz „Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien stärken – für eine demokratische Gesellschaft" beschlossen die Delegierten einen wegweisenden Antrag für das digitale Zeitalter. Darin heißt es: „Nur freie, unabhängige und vielfältige Medien können ihrem demokratischen Auftrag gerecht werden. Nur wo Meinungs- und Medienvielfalt garantiert sind, Medienschaffende zu Bedingungen arbeiten, die ihre Unabhängigkeit sicherstellen, und alle

Resolution

Gegen den Kahlschlag bei Gruner+Jahr

Gemeinsam mit der Bundesfachgruppenkonferenz „Druck, Verlage, Papier und Industrie" verurteilte auch die Bundesfachgruppenkonferenz „Medien, Journalismus und Film" die Zerschlagung des Verlags und die Kündigung von Beschäftigten in dem europaweit anerkannten Zeitschriftenverlag RTL, ehemals Gruner +Jahr, und erklärte sich solidarisch mit den Kolleg*innen, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen.

Bürger*innen gleichermaßen fairen Zugang zu Medien haben, kann eine lebendige Demokratie funktionieren. Eine gewerkschaftlich gestaltete Medienpolitik setzt sich für diese Ziele ein.“ Der Antrag beinhaltet die Forderung, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftsfest zu machen, indem Gremien gestärkt und der Programmauftrag verteidigt werden. Ebenso sollen die Pressefreiheit nach innen und außen verteidigt, Journalist*innen in ihrer Arbeit geschützt und die publizistische Vielfalt gewahrt werden. Auch das Urheberrecht spielt im Copy-and-Paste-Zeitalter eine wichtige Rolle. Es sei das Arbeitsrecht der Kreativen und verlange nach besonderem Schutz.

Dass zur Vielfalt auch die Diversität der Medienproduzent*innen selbst gehört, machten einige Teilnehmerinnen in der Antragsdebatte deutlich. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb Diversität in den Redaktionen und eine diskriminierungskritische Berichterstattung im Antrag fehlten. Gerade in einem Einwanderungsland wie Deutschland spiele die migrantische und postmigrantische Gesellschaft in der Medienlandschaft eine wichtige Rolle und dürfe auch im medienpolitischen Leitantrag der Gewerkschaft nicht fehlen. Ein Passus dazu wird vom Bundesfachgruppenvorstand nun nachträglich in den Antrag eingefügt, der dann über die Konferenz des gesamten neuen Fachbereichs „Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung“ auf den Weg zum Gewerkschaftskongress gebracht werden soll.

Erhalt des Medienmagazins „M“

Eine heftige Debatte gab es um die Zukunft von „M Menschen Machen Medien“. Das Medienmagazin ist die medienpolitische Publikation von ver.di. Als tagesaktuelles Onlinemagazin und als vierteljährlich erscheinende Print-Ausgabe der Fachgruppe „Medien, Journalismus und Film“ mit Hintergrundinformationen, erreicht es ein Fachpublikum über die Gewerkschaft hinaus. Ab Oktober dieses Jahres muss es für die gegenwärtige Chefredakteurin eine Nachfolge geben. Diese ist jedoch noch weitgehend unklar. Die Verantwortung dafür obliegt dem Fachbereich, in dem die Medien-Fachgruppe beheimatet ist. In der Diskussion mit Christoph Schmitz auf der Konferenz wurde nachdrücklich für M plädiert. Das neu entwickelte hybride Konzept von M Online und dem gedruckten Magazin habe sich bewährt, hieß es. Auch Christoph Schmitz unterstrich den Stellenwert der Publikation und sagte: „Für mich stand das Magazin nie zur Disposition.“ Über die Finanzierung müsse aber weiter, auch mit den anderen Fachgruppen, beraten werden. In den dazu verabschiedeten Anträgen wird gefordert: „M muss auch in Zukunft im eigenen Haus von journalistischen Mitarbeiter*innen erstellt werden, insbesondere in Bezug auf die Stelle der Chefredaktion“.

Blick über den Tellerrand

Als Gast sprach die neue Präsidentin der European Federation of Journalists (EFJ), die kroatische Journalistin Maja Sever auf der Konferenz. Sie verdeutlichte die wichtige europäische und internationale Zusammenarbeit. Sie stellte Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und entsprechende Förderungen vor. Auf europäischer Ebene hob sie insbesondere den Kampf gegen sogenannte SLAPP-Klagen „Strategic Lawsuits against Public Participation” hervor. Mit diesen strategischen Klagen wird eine rechtsmissbräuchliche Form von Klagen bezeichnet, mit denen Medien eingeschüchtert und ihre Kritik aus der Öffentlichkeit verbannt werden soll. Die EFJ, in der auch die dju in ver.di Mitglied ist, fordern von der EU wirksame Maßnahmen gegen diese SLAPP-Praxis, darunter einen EU-Hilfsfonds. **Julia Hoffmann <<**

Resolution

Freilassung eines belarussischen Journalisten gefordert

Die Bundesfachgruppenkonferenz erklärte sich in einer Resolution solidarisch mit den verfolgten und inhaftierten Kolleginnen und Kollegen in Belarus. „Wir schließen uns der Forderung der European Federation of Journalists (EFJ) an und fordern die sofortige Freilassung des belarussischen Journalisten Andrzej Poczobut, der seit 2021 im Gefängnis sitzt.“

Derzeit sind in Belarus 33 Medienvertreter*innen inhaftiert.

Der neu gewählte Bundesvorstand der Fachgruppe „Medien, Journalismus und Film“ *(v.l.n.r.): Alexandra Roth (Fotografin), Manfred Kloiber, Fachgruppenvorsitzender (Deutschlandradio), Peter Freitag, stellv. Fachgruppenvorsitzender (Rheinische Redaktionsgemeinschaft), Eun Hi Yi (Selbstständige), Lars Hansen (Funke Mediengruppe), Renate Gensch (Selbstständige), Franz Kotteder (Süddeutsche Zeitung), Carmen Sala, stellv. Fachgruppenvorsitzende (Selbstständige), Dustin Pilz (ZDF), Joachim Kreibich (Reutlinger Generalanzeiger), Marco Puschner (Verlag Nürnberger Presse), Ayse Tekin (Seniorin), Johann Stephanowitz (Zeit Online), Nicole Birkholz (Filmschaffende), Andrea Valentiner-Branth (SWR), Melanie Thielebein (CinemaxX)*

Manfred Kloiber

Nimmt gern das Ruder in die Hand

Fotos: Stephanie von Becker

Wenn die Wellen hoch schlagen in der Debatte, Fragen zum Prozedere im Orgakram aufkommen, Unruhe im Saal entsteht, dann geht Manfred Kloiber ans Mikro. Er gibt Antworten, erklärt geduldig, sagt seine Meinung – und das alles konzentriert auf den Punkt. So kennen und schätzen ihn viele. Es wundert daher nicht, dass der freiberufliche Radiojournalist erneut zum Bundesvorsitzenden der Fachgruppe gewählt wurde, die nunmehr unter dem Namen „Medien, Journalismus und Film“ firmiert. Eine Funktion, die er bereits seit acht Jahren ausgefüllt hatte. Parallel dazu nahm er im schwierigen Fusionsprozess von sehr verschiedenen Branchen zu einem gemeinsamen Fachbereich als Vorsitzender des Gründungsvorstandes seit 2019 das Ruder in die Hand. Für Manfred ist es „bemerkenswert“, dass ein Selbstständiger hier maßgeblich mitgestalten konnte beim Ringen um neue Strukturen und Regelungen. Das zeige nicht zuletzt, das Freie „im Fachbereich ihren anerkannten Platz haben“.

Hauptsächlich aber ist Manfred Wissenschaftsjournalist zum Thema IT beim Deutschlandfunk in Köln – seit nunmehr 37 Jahren. Unter anderem moderiert er die Sendung „Computer und Kommunikation“, die im Deutschlandfunk als Samstagsausgabe in der Sendereihe „Forschung aktuell“ läuft. Er erinnert sich, wie schwierig es vor Jahren noch war, Technik-Themen in Rundfunksendungen zu platzieren. Sie galten eher als „Spezialthemen“, die dem Vernehmen nach nicht jeden interessieren würden. Er habe zwar viele Ideen umsetzen dürfen, aber nur wenige Kolleginnen und Kollegen hätten sich anfangs dafür interessiert, wovon die Techniknerds in der Wissenschaftsredaktion überhaupt berichteten. Dennoch habe Deutschlandradio schnell erkannt, dass IT-Themen wichtig für das Publikum sind, es daran sehr interessiert ist. Inzwischen sind sie essentieller Bestandteil des Programms – für Manfred Kloiber eine große, gern angenommene Herausforderung, wichtige Themen zu identifizieren und umgehend umzusetzen – getrieben von der rasanten Geschwindigkeit technischer Entwicklungen. Aber das kommt dem Elektronikfan auch privat entgegen. Schon immer tüftelte er gern, hat sein eigenes Tonstudio, mit allem Drum und Dran selbst gebaut – noch „mit dem Lötkolben in der Hand“.

Zeit dafür findet er derzeit auf jeden Fall zu wenig. Schließlich ist der Journalist auch im Deutschlandradio ehrenamtlich unterwegs. Als Vorsitzender der Freienvertretung schaut er zusammen mit seinen acht Kolleginnen und Kollegen auf die Belange der rund 700 arbeitnehmerähnlichen Freien bei Deutschlandradio. Honorarstreitigkeiten, Bestandsschutz, sozialversicherungsrechtliche Statusfragen, Programmveränderungen – das sind die Kernthemen der Freienvertretung. Wenn es auch seit 2020 ein Freienstatut im Sender gibt, ist dieses Engagement für Freie von einer vollen Mitbestimmung, wie sie der Personalrat inne hat, noch sehr weit entfernt. Ein Ärgernis auch für Manfred Kloiber. Er hält es für notwendig, „dass auch für die Arbeitnehmerähnlichen eine Personalvertretung mit allen Rechten geschaffen wird, wie sie die Personalräte haben“. Denn: Bei offensichtlich falschen Entscheidungen des Arbeitgebers, zum Beispiel bei den Dienstplänen, kann der Personalrat die Zustimmung verweigern. Die Freienvertretung dürfe dem Intendanten lediglich ihre Meinung dazu mitteilen. Das müsse sich ändern, ist Manfred überzeugt.

Karin Wenk <<

Carmen Salas

Respekt vor der Verantwortung

Schon als Kind vertrieb Carmen Salas sich und ihren Eltern die Zeit mit Geschichtenerzählen. Auf langen Autofahrten gab sie wieder, was sie zuvor in Filmen gesehen hatte. Dass daraus einmal eine Profession werden sollte, ahnte noch niemand. Sie interessierte sich früh für Literatur und Theater. Wirtschaftliche und soziale Themen machten sie schon immer neugierig. Im peruanischen Cusco geboren und aufgewachsen, ist sie aber auch neugierig auf die Welt.

Mit siebzehn Jahren entscheidet sich Carmen für ein Austauschjahr in Deutschland. Sie kommt auf ein Magdeburger Gymnasium, macht dort ihren Schulabschluss und bleibt. An der Hochschule Anhalt studiert sie Medien, Kommunikation und Philosophie. Zunächst macht sie Praktika bei Fernsehproduktionsfirmen und probiert sich in verschiedenen Formaten aus. Wohin es geht, ist nach dem Studium noch unklar.

Bei der Sendung „Voss und Team“ macht es plötzlich klick. Das Ombudsmann-Magazin des MDR unterstützt Menschen im Kampf gegen Behörden oder Versicherungen. Für Salas ist die Mitarbeit am Magazin der Moment, wo sich für sie journalistisches Arbeiten mit sozialer Wirkmächtigkeit verbinden. „Dort habe ich gemerkt, dass man auch im Fernsehen etwas Konkretes für die Menschen verändern kann.“ Das imponiert ihr. Als freie Journalistin und Filmemacherin arbeitet sie hauptsächlich für die Investigativsendungen „exact“, „FAKT“ und „exactly“ des MDR. Doch Salas will auch eigene Filme machen. Am Werkleitz Zentrum für Medienkunst wird sie im Frühjahr eine Masterclass zum Dokumentarfilm beginnen.

Seit Februar ist Carmen Salas stellvertretende Vorsitzende der Fachgruppe Medien, Journalismus und Film in ver.di. Wie sie zur Gewerkschaft kommen ist, beschreibt sie selbst als Zufall. Ein Kollege habe sie 2017 darauf gebracht: Komm mal zu ver.di, habe er gesagt. Und tatsächlich findet Sa-

las dort Kolleginnen und Gleichgesinnte, mit denen sie sich austauschen kann und denen sie als Berufsanfängerin alle Fragen stellen kann, die sie bewegen. Schnell findet sie Anschluss, wird Jurymitglied für den ver.di-Preis für Solidarität, Menschlichkeit und Fairness auf dem internationalen Dokumentarfilmfestival in Leipzig und engagiert sich im MDR.

Ihr gewerkschaftliches Engagement liegt nahe. Der Wille zum Fortschritt, zur Veränderung und zur Solidarität ist ihr anzumerken. Und eigentlich liegt all das ja auch in der Familie. Die Oma war als Lehrerin in Peru ebenfalls Mitglied der Gewerkschaft. Trotz ihres Selbstbewusstseins habe sie Respekt vor der neuen Position und vor der Verantwortung, die sie mit sich bringt. Sie wolle vor allem lernen, wie das Organizing funktioniert, wie man Kolleg*innen berät und Arbeitskämpfe organisiert. Aber auch nach innen fehlt es ihr nicht an Ambition. Auf der Fachgruppenkonferenz kritisierte sie sehr deutlich den fehlenden gewerkschaftlichen Blick auf Diversität im medienpolitischen Leitantrag. Weil nämlich zur Vielfalt auch die Diversität der Medienproduzent*innen selbst gehöre, sei es so wichtig, dass eine diskriminierungskritische Berichterstattung Hand in Hand mit diverseren Redaktionen gehe. In einem Einwanderungsland wie Deutschland spiele die migrantische und postmigrantische Perspektive eine wichtige Rolle und dürfe deshalb auch im medienpolitischen Leitantrag ihrer Gewerkschaft nicht fehlen.

Julia Hoffmann <<

Peter Freitag

„Gesinnungskölner“ mit Liebe zum Landleben

Ob Tageszeitung oder Boulevard, Hörfunk oder Fernsehen, Peter Freitag hat schon alles gemacht, als Fester, Freier und als Pauschalist. In die Gewerkschaft einzutreten, war für ihn keine Frage. Schon drei Monate, nachdem er als Student begonnen hatte, frei für den WDR und den „Kölner Stadtanzeiger“ zur arbeiten, war er Mitglied der damals noch recht neuen IG Medien.

Er ist auch nicht der Typ für eine „Karteileiche“. Neben seiner Mitgliedschaft im Landesvorstand der dju in NRW ist er in den im Februar gewählten Bundesvorständen der dju in ver.di und der Fachgruppe „Medien, Journalismus und Film“ (wieder) stellvertretender Vorsitzender. Seit Dezember 2021 sitzt er im WDR-Rundfunkrat. Doch seine gewerkschaftliche Arbeit geht über Deutschland hinaus: Er ist Mitglied der Labour Rights Expert Group der Europäischen Journalistenföderation (EJF).

Freitag, der sich im Kölner Karneval auch gern mal als Micky Maus präsentiert, ist kein Kölner, sondern aus Kassel. An den Rhein kam er zum Studium der Politik, Germanistik und Geschichte. „Ich bin bestens angekommen“, meint er lachend: „Ich bin Gesinnungs-Kölner!“ Köln war lange sein Mittelpunkt, ob beim WDR1 oder, da er ungern seine Stimme im Radio hörte, als Newscutter beim WDR-Fernsehen. Weitere Stationen waren der „Kölner Morgen“, der „Kölner Express“ und der „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Deshalb war er als begeisterter Kölner und Fan des 1. FC auch nicht glücklich, als es ihn 2010 eine Personal-Rochade beim „Kölner Stadt-Anzeiger“ in die Lokalredaktion des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg verschlug: „Provinz!“ war sein erster Gedanke damals. „Als Pauschalisten konnte man mich leider einfach verschieben.“
2014 wurden die meisten Lokalredaktionen von „Kölner-Stadt-Anzeiger“ (DuMont-Verlag) und „Kölnischer Rundschau“ (Heinen Verlag) zur Rheinischen Redaktionsgemeinschaft zusammengelegt. Die Beschäftigten reagiertem mit der Gründung eines gemeinsamen Betriebsrats. Ziele des neuen Gremiums: Ende der Zwei-Klassen-Gesellschaft von Redakteur*innen und Pauschalist*innen und Rückkehr in die Tarifbindung. Das war ein langer Kampf mit vielen Streiks, besonders in den Jahren 2016/17, und einem hohen Organisationsgrad. „Ich bin gewachsen in diesen Auseinandersetzungen“, meint Freitag rückblickend.

Die Verlage haben gedroht, die Redaktionsgemeinschaft wieder zuzumachen. Doch den Beschäftigten kam eine nordrhein-westfälische Eigenheit zu Hilfe: Die Landesschlichtung. Im Ergebnis wurden zum 1. Januar 2019 in der Rheinischen Redaktionsgemeinschaft alle Pauschalist*innen zu festen Redakteur*innen.

Freitag hat in diesen Jahren einiges erlebt, unter anderem eine stundenlange Zeugenvernehmung durch den Zoll wegen Scheinselbstständigkeit. Und der Kampf um Gleichheit der Berufsverhältnisse ist noch nicht beendet. Aktuell liegt eine Klage beim Bundesarbeitsgericht wegen der Anerkennung aller, auch freier, Berufsjahre der „neuen“ Redakteur*innen. „Wenn wir tatsächlich gewinnen, können sich wohl hunderte Redakteur*innen ihre Freienjahre als Berufserfahrung neu berechnen lassen“, meint Freitag hoffnungsvoll.

Und Siegburg? Damit ist er inzwischen glücklich. Seine Freundin, jetzt Frau, lebte damals schon dort. Und wenn er jetzt von seinem Garten mit eigenen Hühnern berichtet, strahlt er.

Susanne Stracke-Neumann <<

Kreativ sein, sich einmischen

Jugend des neuen Fachbereiches geht mit vielen Vorhaben in die nächsten vier Jahre

Mit Optimismus und der „Lust drauf, sich zu engagieren“ gingen junge ver.di-Mitglieder vor vier Jahren daran, sich in der Gewerkschaft in einem neuen Fachbereich zusammen zu finden. Dieses Vorhaben scheint schon ein stückweit gediehen, schauen wir auf die Ergebnisse der ersten Bundesjugendkonferenz des Fachbereichs Anfang Februar. Erstmals haben sich dazu in Gladenbach 54 Delegierte der verschiedensten Branchen getroffen. An den Vorbereitungen waren viele beteiligt – erstes Kennenlernen war programmiert. Nun geht es ans „Zusammenwachsen“, so das aktuelle Motto. Und so unterschiedlich wie die Berufsfelder im Fachbereich „Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung“ (FB A) sind, so gleich sind die Interessen, etwa wenn es um gute Ausbildungsbedingungen mit der dazugehörigen Vergütung oder der Mitbestimmung in den Betrieben geht.

Eröffnet wurde die Konferenz von Oskar Michel. Der bisherige Vorsitzende des Jugendfachkreises auf Bundesebene bei der Telekommunikation und den Informationsdienstleistungen, kurz TK/IT, verabschiedete sich, da er den Jugendstrukturen entwachsen ist. Wie auch Kai Reinartz, ehrenamtlicher Vorsitzender der ver.di-Jugend, ging Michel auf die Herausforderungen in der vergangenen Wahlperiode ein, die stark von globalen Krisen geprägt war. Dennoch habe es viele Erfolge in dieser Zeit gegeben, betonte Reinartz. So hat sich die ver.di-Jugend für eine Mindestausbildungsvergütung eingesetzt. Das entsprechende Gesetz über 680 Euro im Monat wurde verabschiedet. Keine Ausbildung darf mit weniger vergütet werden. Begonnen wurde, für eine Ausbildungsplatzgarantie zu streiten. Das heißt, jeder soll einen Ausbildungsplatz staatlich garantiert bekommen. Der erste Gesetzentwurf steht zur Diskussion.

Neugier und Freude als zentrale Faktoren für das Zusammenwachsen im Fachbereich bescheinigte Bundesfachbereichsleiter Christoph Schmitz den Delegierten in seinem Grußwort. Wichtig sei die gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb. Junge Leute sollten hier Gewerkschaft leben, um mehr Mitstreiter*innen zu gewinnen. Er verwies auf die vielen aktuell laufenden Tarifverhandlungen, wie die im Öffentlichen Dienst. Dabei müsse es ver.di noch stärker als bisher gelingen, auf Verbesserungen für Auszubildende und dual Studierende zu drängen. „Attraktiv für junge Arbeitskräfte zu sein, ist für unsere Gewerkschaft ebenso eine Überlebensfrage, wie für die Unternehmen.“ Er rief auf: „Mischt euch ein, seid kreativ und bleibt hartnäckig bei allen Fragen, die euch und eure Kolleg*innen betreffen!“ Aber klar sei auch, dass Jugendarbeit nicht nur von der Jugend gemacht werden müsse. Das sei eine Aufgabe für alle, so Schmitz.

Foto: Jasmin Gerschewski

Mitglieder auf der ersten Bundesjugendkonferenz

Auch Jugendkoordinator Thomas Bachmann ist überzeugt, dass der Sinn von ver.di der Austausch, das Netzwerken und das gemeinsame Grübeln – neudeutsch: Brainstorming – ist, um Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu verbessern. Unsere „Waffe“ dafür ist unsere Solidarität. Werkzeuge dafür lieferte auch Romy Schneider vom Projekt Aktivierende Gewerkschaftsarbeit, dessen Leitsatz lautet: „Das Herz der Gewerkschaft schlägt im Betrieb“.

Nach der Entlastung des alten Vorstands wurde der neue geschäftsführende Vorstand gewählt und seine Mitglieder bestätigt. Herzlichen Glückwunsch an: Joana Starck, Lukas Gertzen, Dustin Pilz und Nino-Pascal Bündgen. Mit den kämpferischen Worten von Dustin geht es nun an die Arbeit: „Wir haben uns lange genug in den letzten Jahren mit uns selbst und unserer Struktur beschäftigt. Es ist Zeit, sich Problemen, die wir auch in der Ausbildung haben, zu stellen und nach vorne zu schauen.“.

Großes Diskussionspotenzial hatte ein Antrag, der sich mit Gewerkschaften in den Schulen befasste. Weitgehende Einigkeit konnte darüber erzielt werden, dass Gewerkschaften und ihre Themen viel mehr in Schulen präsent sein müssen und ver.di viel besser mit den demokratischen Schüler*innen-Vertretungen zusammen arbeiten sollte. Deshalb wurde dem Antrag zugestimmt. Heftig diskutiert wurde auch ein Antrag zu den Jugendstrukturen bei der Telekom. Die Besonderheit dort, nach dem eigenen Ausbildungstarifvertrag gibt es Auszubildenden-Vertretungen, die eigenständig wie ein „kleiner Betriebsrat“ agieren können. Die Antragsteller votierten dafür, das zu ändern. Das ergab Widerspruch gepaart mit der Warnung, wie gefährlich es sei, gut funktionierende tarifvertraglich vereinbarte Strukturen aufzugeben. Mehrheitlich wurde der Antrag abgelehnt.

Nach einer 20er Jahre-Party am Abend wurden am nächsten Tag weitere Anträge angenommen, die unter anderem mit Aufsichtsratsmandaten, dem JAV-Wahlalter und einer Home-Office-Pauschale befasst waren. Beschlossen wurde ebenfalls, dass die Fachbereichsjugend diverse Veranstaltungen planen sollte. Neben regelmäßigen Konferenzen ist da beispielswiese an „Vernetzungsfestivals“ gedacht. Breite Zustimmung fanden auch Anträge für eine Bier-/Softdrink-Preisbremse in gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen. Abschließend haben sich die Delegierten mit zwei Initiativanträgen beschäftigt, die sich für bezahlbaren Wohnraum für Nachwuchskräfte und die Unterstützung frauen*rechtlicher und antisexistischer Bewegungen einsetzten. Widerspruch für diese Ziele gab es nicht.

Ngoc-Hien Le, Jasmin Gerschewski <<

Konstruktiv und selbstbewusst

Frauen wählten eigenen Vorstand und fassten konkrete Beschlüsse

Vereinte Kraft. Keine halben Sachen. Und maximale Ermutigung. Das hätte als Devisen für die erste gemeinsame Frauenkonferenz des ver.di-Fachbereiches A getaugt. Knapp 70 Delegierte der „Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur sowie Ver- und Entsorgung“ erfüllten sie mit Leben. Die Frauen wollen ihre Interessen auch künftig energisch vertreten – mit eigenen Strukturen und einem gewählten Vorstand. Über Kompass und Inhalte herrschte großes Einvernehmen, fast alle Beschlüsse fielen einstimmig.

Konstruktiv und zugewandt, aber durchaus auch selbstbewusst, so präsentierte sich diese 1. Bundesfachbereichsfrauenkonferenz am 22. und 23. Februar 2023. Sie startete nicht am Punkt Null. Das machten Nicole Seelemann-Wandtke und Ayse Tekin, die bislang Fraueninteressen im Gründungsvorstand des neuen Fachbereiches vertreten hatten, schon zur Begrüßung klar. Durch alle Debatten zog sich später der Begriff des „Arbeitspakets Frauen- und Gleichstellungspolitik“, der sich für die engagierte Vorbereitung frauenspezifischer Themen sowie für ihre Streiterinnen im künftigen ver.di-Fachbereich eingebürgert hatte.

In Ergänzung des Geschäftsberichts wurden Aktive interviewt, die sich in diesem Formierungsprozess bereits für Frauenanliegen stark gemacht hatten. Sigrid Schubecker aus dem Bereich Finanzdienste etwa berichtete, wie es unter Pandemiebedingungen trotzdem gelungen sei, ein Projektpapier und Satzungsvorschläge zu erarbeiten, um Frauen im neuen Fachbereich „sichtbar zu machen und die Arbeit mitzugestalten“. Frauen hätten „überall in den bisher gewählten Gremien Mandate bekommen“, darin sah Energiewerkerin Frauke Hüttmann ein Highlight bisherigen Engagements. Dass „nichts Gutes verlorengeht“, war Antrieb für Walburga Rempe-Baldin, Freiberuflerin im Medien- und Kulturbereich, wo heterogene Interessenvertretung bereits über einen Frauenvorstand koordiniert worden war.

Nur folgerichtig schien, dass für die künftige Form der Arbeit der weitestgehende Vorschlag die Zustimmung der Delegierten fand: Statt sich nur offener oder projektbezogener Arbeit zu bedienen, votierte die Konferenz einstimmig für die Bildung eines Frauenvorstandes, der – mit eigenem Budget und Gestaltungskompetenz ausgestattet – Fraueninteressen im neuen Fachbereich vertreten soll. Fünfundzwanzig Nominierte aus den verschiedenen Fachgruppen und Landesbezirken erhielten dafür den Rückhalt der Delegierten.

„Keine Anpassung an die Vorstellungen alter weißer Männer!“ ermutigte auch Bundesfachbereichsleiter Christoph Schmitz die Teilnehmerinnen zur spezifischen Wahrnehmung ihrer Interessen: „Machen wir uns nichts vor, diese Gesellschaft ist immer noch strukturell patriarchalisch. Wir müssen gemeinsam mit den Männern immer wieder Impulse setzen – auch in der Gewerkschaft, in den Interessenvertretungen, Tarifkommissionen und Vorständen – um Strukturen und Denken zu verändern.“ Da bleibe viel zu tun.“

Foto: Stephanie von Becker

Mit der Stimmkarte Verantwortung übernehmen

Vorschläge als „ganzen Fächer frauenpolitischer Themen, mit denen Ihr euch künftig beschäftigen könntet“, offerierte Alexa Wolfstädter vom ver.di-Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik. Das Risiko eines „frauenpolitischen Roll-Back“ sei real, betonte sie in ihrem Impulsreferat. „Die aktuellen globalen Krisen sind nur gut zu lösen, wenn frauenpolitische Fragen darin integriert sind.“ Das schließe die Verringerung und Beseitigung gravierender Gender-Lücken ein wie bei der Digitalisierungs-, über dem bekannten Gender-Pay-Gap bis hin zur vielfach existenziell bedrohlichen Renten-Lücke.

Diese und weitere Themen spiegelten sich nachfolgend an den zur Auswahl stehenden acht „Thementischen“ des World Cafés wider. Dabei ging es um die tarifpolitische Arbeit von Frauen, um Frauen und Digitalisierung, um Homeoffice und das „New Normal“ im Bereich Gute Arbeit, um Kommunikation, Netzwerken und die Gewinnung von mehr weiblichen Nachwuchskräften, etwa mit dem Projekt RONJA, aber auch um Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder die Vorstellung der Vertrauensstelle Themis.

Etliche solcher Schwerpunkte fanden sich in Anträgen wieder. Eine einstimmig beschlossene tarifpolitische Forderung verlangt etwa die Prüfung aller neu verhandelten Tarifverträge im Fachbereich auf die Einhaltung von Entgeltgleichheit. Weitere Anträge zielen darauf, die Arbeitsbedingungen von Frauen in selbstständiger Erwerbsarbeit stärker zu fördern sowie angemessene Basishonorare für selbstständige Kreative durchzusetzen, im Rahmen der gewerkschaftlichen Digitalisierungsstrategie für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen und Qualifizierung zur Beschäftigungssicherung in Digitalisierungsprozessen zu nutzen.

Die Delegierten stimmten für einen höheren Frauenanteil in TOP-Führungspositionen und forderten eine gerechtere Arbeitszeitpolitik. Dazu zählten sie eine gesetzlich verbriefte bedingungslose Rückkehrmöglichkeit in ein Vollzeitarbeitsverhältnis, eine Informationspflicht für Arbeitgeber bei Rückkehrgesprächen aus der Elternzeit sowie die Gewährung von Freistellungen für ehrenamtliche gewerkschaftliche Arbeit. Dass die Bundesfachbereichskonferenz eine Resolution „Frauen. Leben. Freiheit. Solidarität mit dem Widerstand iranischer Frauen“ ebenfalls einstimmig angenommen hat, auch das ein Zeichen der Ermutigung.

Helma Nehrlich <<

Explosionswelle in Zeitlupe

ChatGPT: Demokratisierung oder Fehlleitung der Massen?

Wie so oft bei technischem Fortschritt, hatte der Einsatz des auf einer KI basierten Dialogsystems ChatGPT den Effekt einer Explosionswelle in Zeitlupe: Sein Erscheinen war nach der langen Zeit des KI-Hypes beinahe überfällig, kam dennoch überraschend und mit Auswirkungen, die sich in verschiedene Richtungen ausbreiten. Auch wenn relativ schnell klar wurde, dass diese Innovation noch nicht in der Lage ist, menschliche Arbeit im großen Stil zu substituieren und auch Fehler und Lücken bekannt wurden, sind die Anwendungsmöglichkeiten für den Journalismus im Prinzip durchaus beeindruckend.

Das unabhängige Forschungsinstitut Midjourney hat eine künstliche Intelligenz geschaffen, die aus Textbeschreibungen Bilder kreieren kann. Nach der beispielhaften Eingabe „digital artificial intelligence“ wurden u.a. diese vier Bilder gestaltet.

Obschon die Datenbasis von ChatGPT nur bis 2021 reicht und tagesaktuelle Berichterstattung deshalb nicht funktioniert, kann diese Technologie als eine Art intelligente Assistenzfunktion Recherchen, Interviewvorbereitungen und Quellensuchen unterstützen und auch den Text selbst verbessern bzw. „einfache“ Stücke und Passagen verfassen (**https://mmm.verdi.de/podcast/**). Weitere Entwicklungen von Mitbewerbern sind schon angekündigt und sollen dann aktuelle Daten über einen Zugang zu einer Suchmaschine nutzen (Bing AI), über eine Sprachsteuerung verfügen und auch digitale Kunst generieren können (Chatsonic): Ein umfassender, verlässlicher und kreativer „Partner“ im Web ist das Ziel.

Faszinierend sind damit auch die gesellschaftlichen Auswirkungen: Man könnte vermuten, dass dieses Tool jenen Menschen helfen kann, die weniger Routine beim Verfassen von Texten und limitierten Zugang zu Quellen haben. Dies könnte also dazu führen, dass die Qualität der Texte der „expressiven Crowd“ erhöht wird: „Bürgerjournalisten“ würden hiervon profitieren und damit vielleicht auch generell die Art der Kommunikation in der Gesellschaft verbessert werden. Diese würde sich mit der Zeit immer weiter entwickeln, da es zu positiven Lerneffekten führt, wenn man sich mit dem generierten Text und seinen Quellen auseinandersetzt. Vielleicht würde sogar eine neue Art von Rationalität und Objektivität Einzug halten?

Habermas hatte ja bereits auf die Notwendigkeit des „kommunikativen Handelns“ in der Gesellschaft aufmerksam gemacht, in der die Beteiligten ihre individuellen Ziele unter der Bedingung verfolgen, „dass sie ihre Handlungspläne auf der Grundlage gemeinsamer Situationsdefinitionen abstimmen können.“

Könnte diese Situationsdefinition auch durch ChatGPT und andere Tools erfolgen? Zumindest könnte man erhoffen, dass durch eine qualitative Verbesserung des gesellschaftlichen Diskurses die negativen Folgen der fortschreitenden Machtzentralisierung ein Stück weit kompensiert werden, welche durch derartige Tools zutage treten: Diese befinden sich in den Händen von nichteuropäischen Technologiekonzernen, welche unbestimmte gesellschaftliche Verpflichtungen aufweisen. Natürlich würde ein derartiger breiter „Upgrade“ journalistischer Fähigkeiten Auswirkungen haben: Verbindungen von professionellem Journalismus und Bürgerjournalismus sind bisher gescheitert, auch weil man wohl einen Qualitätsverlust befürchtete, obwohl die ausgedünnten Redaktionen durchaus Unterstützung, insbesondere bei der regionalen Berichterstattung brauchen könnten (**https://mmm.verdi.de/tarife-und-honorare/eine-einzigartige-oeffentliche-plattform-84777**).

Wenn man dieser Assistenzfunktion eine derartig mächtige Rolle zuschreiben kann – immerhin schiebt sich diese immer mehr zwischen die Menschen, filtert und beeinflusst ihre Kommunikation und das Wissen übereinander – stellt sich die Frage, wie diese Technologien funktionieren, welche „Haltung“ sie repräsentieren. Wir können vermuten, dass sich die Tools einzelner Anbieter voneinander hierbei durchaus unterscheiden: Kann es „linke“ oder „rechte“ Systeme geben? Der europäische Reflex allerdings, den zugrundeliegenden Algorithmus offenzulegen und zu regulieren, stößt bei diesen Systemen an seine Grenzen: Regeln der komplexen KI müssen wohl weit gefasst werden und so können Interpretationsräume entstehen, welche das Modell ausfüllt.

Es wurde etwa schon berichtet, dass ChatGPT Quellen erfinden kann **https://futurezone.at/science/chatgpt-wissenschaft-forschung-quellen-universi-**

taet-fake-news/402255681. Bei einem Selbstversuch schrieb das Tool dem Verfasser dieses Beitrags drei Texte zu, die – obwohl Titel und auch der Verlag inhaltlich stimmig waren – nicht existieren bzw. keinen Beitrag des Autors enthalten. Ist vielleicht das vom System erwünschte Verhalten – objektiv, kreativ und verlässlich zu agieren – der Grund für diese Datenhalluzination?

Auch die Anbindung der KI an das Internet und damit eine weiter zunehmende Komplexität des Systems scheint nicht unproblematisch zu sein. Erste Anwender von Bing AI berichten, dass das System in bestimmten Situationen ausfällig und wohl sogar aggressiv wurde, was mit einer Überforderung der KI erklärt wurde: Wenn das System einen direkten Zugang zum schwer kontrollierbaren Netz hat, ist es eben auch mit extremen Emotionen konfrontiert und scheint auf Provokationen zu reagieren.
https://kurzelinks.de/M-Bing-Ai

Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten gehen also wohl auch mit Gefahren der Ungenauigkeit und Fehlerhaftigkeit einher und verlangen so ein menschliches „journalistisches Korrektiv". An dieser Stelle könnten sich die Gewerkschaften als eine Kraft positionieren, die beobachtet, Nutzen, Korrekturen und Grenzen auch über den Journalismus hinaus aufzeigt. Vielleicht sind die Unzulänglichkeiten dieser Technologie dann ja auch ein gewisser Segen, weil sie der Gesellschaft und den politischen Akteur*innen Zeit geben, sich zu adaptieren und Strategien im Umgang mit diesen Technologien zu entwickeln. Auch wenn es nach einer müden Erkenntnis oder minimalistischen Hoffnung klingen mag: Lerneffekte sind trotzdem zu erwarten – durch Überprüfung und Verifizierung der Inhalte des Assistenzsystems können beim Anwender neue Erkenntnisse und Fähigkeiten entstehen. Und dies ist ein Nutzen, welcher für die künftige Beziehung zwischen Mensch und Technologie von großer Bedeutung sein kann.

Ayad Al-Ani <<

Bald bei Springer „Digital only"

Umbau der Redaktionen und Verschiebung von Personal und Kosten

Der Axel Springer Verlag forciert den Umbau zum rein digitalen Konzern. Auf dem Weg dahin soll es deutliche Einsparungen und einen Stellenabbau geben. Dies kündigte der Vorstand am 28.Februar gegenüber der Belegschaft an. „Unser Ziel ist, Digital only'", so Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner. Hauptbetroffene dürften die Mitarbeiter*innen der bisherigen Flaggschiffe „Bild" und „Welt" werden. ver.di kritisiert die Pläne als „abgehobene Unternehmensstrategie, die Renditeerwartungen in den Aufsichtsräten bedient".

Fotos: Petra Dreßler

Axel-Springer-Neubau in Berlin, Zimmerstraße

Noch vor wenigen Monaten hörte es sich weitaus weniger bedrohlich an. Anfang November 2022 sagte Döpfner in einem Podcast an die Springer-Belegschaft, Print solle für „Bild" und „Welt" auch „in der näheren Zukunft eine sehr wichtige Rolle spielen". Allerdings gebe es Bereiche, „die man nicht länger analog, sondern nur digital weiterführen will, das gilt aber nicht für die ganzen Markenfamilien".

Doch schon Mitte Januar fiel die Analyse deutlicher aus. In einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) bekannte sich der Springer-Boss unumwunden zur „Digital only"-Strategie. „Mein Ziel ist es, die digitale Transformation zu vollenden und aus Axel Springer ein reines Digitalunternehmen zu machen", so Döpfner. Es sei „völlig klar, dass es eines Tages keine gedruckte „Bild"-Zeitung, keine gedruckte „Welt" und überhaupt keine gedruckte Zeitung mehr im Hause Axel Springer geben wird". Außer vielleicht „Sondereditionen". Einen konkreten Zeitplan nannte er dabei nicht.

Freiwilliges Ausscheiden forciert

In den nächsten drei Jahren, so heißt es jetzt, soll das Ergebnis der „blauen" (Welt) und „roten" (Bild) Gruppe um „rund 100 Millionen Euro" verbessert werden, „durch Umsatzsteigerungen und Kosteneinsparungen". Das bedeute auch „Umbau der Redaktionen und Verschiebung von Personal und Kosten". Bisherige „Zentralfunktionen, bestehend aus Finanzen, Controlling, Personal und Recht" sollen „deutlich schlanker aufgestellt werden". Präzisere Angaben vermied Döpfner erneut. Allerdings bemühe man sich, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Auch stehe man mit dem Konzernbetriebsrat in Verhandlungen über ein „Freiwilligenprogramm", mit dem die Mitarbeiter*innen zum Ausscheiden bewegt werden sollen. >>

Trotz Inflation, Energiekrise und Ukraine-Krieg hatte Springer 2022 seine wirtschaftlichen Ziele übertroffen. Der Umsatz lag bei rund 3,9 Milliarden Euro, der Gewinn betrug etwa eine Dreiviertelmilliarde. Schon jetzt ist Springer der führende digitale Medienkonzern in Europa. So stammen 85 Prozent des Umsatzes und mehr als 95 Prozent des Gewinns bereits aus dem Digitalgeschäft.

ver.di kritisierte die Springer-Pläne als rein renditeorientierte, abgehobene Unternehmensstrategie, die immer weniger verlegerische Züge trage. Nach Bertelsmann kündige mit Axel Springer erneut ein Großverlag an, „ohne wirtschaftliche Not“ und mit im Branchenvergleich „übersteigerten Gewinnerwartungen, sich gegen journalistische Vielfalt im eigenen Verlag zu entscheiden“, monierte ver.di Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz. Ein so ertragreicher Konzern wie Axel Springer könne „aus den laufenden Gewinnen in Journalismus investieren und die journalistischen Kolleginnen und Kollegen weiterhin beschäftigen“ so Schmitz.

Foto: Christian von Polentz

Axel-Springer Hochhaus in Berlin

In einem Offenen Brief an Döpfner hatte auch der „Welt“-Betriebsrat schon Ende 2022 Döpfners Andeutungen einer „Digital-only“-Zukunft kritisiert. Vage Aussagen über die „Trennung von Mitarbeitern“ und „Personalumschichtungen“, würden zu permanenter Verunsicherung führen.

Die Debatte geschieht vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden strukturellen Branchenkrise. Das Printgeschäft ist – beschleunigt durch den Einbruch des Anzeigenverkaufs, steigender Papierpreise, sinkender Kaufkraft durch die allgemeine Inflation – weiterhin im Niedergang begriffen. Dies bekommen speziell auch die beiden verbliebenen nationalen Printmarken Springers zu spüren. Allein Bild brach zuletzt im Vergleich zum vierten Quartal 2021 erneut massiv ein. Mit knapp 834.000 Abos und Einzelverkäufen lag das Boulevardblatt 14,1 Prozent unter der Vorjahreszahl. Besonders dramatisch verringerte sich der Einzelverkauf: Noch vor gut drei Jahren bei anderthalb Millionen Auflage, findet die einstige Cash Cow des Verlags jetzt bei gerade mal 736.000 tägliche Käufer*innen.

Auch die Welt-Gruppe schwächelt. Zuletzt fiel die Auflage der „Welt“ (Abo und Einzelverkauf innerhalb eines Jahres um 6,6 Prozent auf jetzt noch dürftige 38.000 Exemplare. Die Verkäufe der „Welt am Sonntag“ sackten gar um 9,6 Prozent erstmals knapp unter 200.000. Schon geht in der Branche das Gerücht, dass die „Welt“ sehr bald ihre werktäglich gedruckte Ausgabe einstellt. „Bild am Sonntag“ brach um 11,9 Prozent auf jetzt 527.000 Exemplare ein und wurde erstmals von der „Zeit“ als führende Wochenzeitung abgelöst. Passend dazu meldete die „Süddeutsche Zeitung“ kürzlich, dass bis Mitte des Jahres der Zustellservice von BamS und WamS beendet werden soll.

Ernüchterung ist auch im Hinblick auf den einstigen Hoffnungsträger „Bild TV“ eingekehrt. Der TV-Kanal war im Sommer 2021 gestartet, seine Zuschauerquoten blieben aber weit hinter den Erwartungen zurück. Dabei sollte der Ausbau von „Bild“ zur Fernsehmarke auch dem schwächelnden Printprodukt neuen Sauerstoff zuführen. „Bild TV“ sollte, so das ehrgeizige Ziel, nichts Geringeres als ARD und ZDF Paroli bieten. Man wolle Welt, Politik und Alltag der Menschen „nicht so steril und weichgespült wie teilweise bei den Öffentlich-Rechtlichen“ zeigen, hatte der inzwischen längst geschasste damalige Bild-Chef Julian Reichelt getönt.

Kein Verlegerfernsehen

Der Plan scheiterte jedoch auf der ganzen Linie. Mangels Publikumsresonanz wurde die überwiegend krawallige Live-Berichterstattung zum Jahresende fast völlig eingestellt. Betroffen waren rund 80 überwiegend befristet eingestellte Mitarbeiter*innen. Derzeit werden hauptsächlich Dokumentationen und Reportagen von WeltN24 versendet.

„Dieses hochambitionierte Nachrichtensenderkonzept war im Rückblick nicht die richtige Idee“, räumte Vorstandschef Döpfner im Januar gegenüber dpa ein. Damit zerplatzt wieder einmal der alte Traum des Konzerngründers Axel Cäsar vom Verlegerfernsehen. Getreu der Döpfnerschen Devise, wonach „jedes Geschäft für sich genommen wirtschaftlich gesund ist und bleibt“.

Die mangelnde Perspektive von Print und die Pleite des TV-Projekts könnten die forcierte Hinwendung Springers zur Digitalisierung und zum Auslandsgeschäft vorantreiben. Aktuell beschäftigt der Konzern weltweit rund 18.000 Mitarbeiter*innen. Unter anderem betreibt er digitale Immobiliengeschäfte sowie die digitale Jobbörse Stepstone. Journalistisch sind nach Verlagsangaben etwa 3.400 Beschäftigte tätig, davon ein wachsender Teil in den USA. Nach Branchenmeldungen erwägt Springer, Stepstone an der Börse zu platzieren, um seine Wachstumspläne zu finanzieren. Seit 2019 ist der US-Finanzinvestor KKR mit 35,6 Prozent größter Springer-Aktionär.

Bleibt die Frage, für wie viel Publizistik im Konzern künftig noch Platz bleibt. Im digitalen Zeitalter und wegen der wachsenden Bedeutung von künstlicher Intelligenz, so versichert Döpfner, werde der Journalismus „noch stärker als bisher“ im Zentrum stehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Sparpläne wirken solche Bekenntnisse wie Nebelkerzen.

Günter Herkel <<

Aufräumen im Eiltempo

Stellenabbau und Programmkürzungen im RBB

Fotos: Christian von Polentz [M]

Streik beim RBB Ende Januar. 500 Beschäftigte protestierten gegen die Blockade der Geschäftsleitung bei den Tarifverhandlungen. Programmausfälle waren die Folge.

Im Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) regiert jetzt der Rotstift. Rund 49 Millionen Euro will Interims-Intendantin Katrin Vernau bis Ende 2024 einsparen. In diesem Zeitraum sollen etwa 100 von derzeit rund 1.600 Stellen abgebaut werden. Das TV-Programm wird hauptsächlich auf die Sendestrecke von 18 bis 22 Uhr eingedampft. Gewerkschaften und Beschäftigte reagieren empört auf den geplanten Kahlschlag. Während die Belegschaft bluten soll, streitet die gefeuerte Ex-Intendantin Schlesinger juristisch um üppige Ruhegelder.

Im Eiltempo räumt Katrin Vernau das von Schlesinger hinterlassene Chaos auf. Als erstes cancelte sie das hoffnungslos überteuerte Prestigeprojekt eines Digitalen Medienhauses. Von der früheren Geschäftsleitung sind inzwischen alle gegangen (worden). Statt eines vierköpfigen Direktoriums soll es künftig nur noch zwei Direktorien geben. Anfang März wählte der neu konstituierte Rundfunkrat die bisherige Kulturchefin Martina Zöllner zur neuen Programmdirektorin. Noch vakant ist die Position der geplanten kombinierten Verwaltungs- und Betriebsdirektion.

Allein die Personalkosten sollen um elf Millionen verringert werden. Das betrifft den Abbau von etwa 100 Stellen – eine Zielmarke, die durch den längst verhängten Stopp zur Nachbesetzung von Stellen erreicht werden soll, außerdem durch den Abbau von außerhalb des regulären Plans von Schlesinger geschaffener Stellen. Auch will Vernau die im ARD-Vergleich überdurchschnittlich hohe Anzahl außertariflicher Verträge perspektivisch halbieren. Ein klares Bekenntnis zu einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen mochte sie bislang nicht abgeben.

Beim Programm geht es vor allem an die ambitionierten, aber die Möglichkeiten einer im ARD-Kontext eher kleinen Anstalt finanziell nicht stemmbaren Projekte. Die Federführung für das Studio Warschau wird an den Westdeutschen Rundfunk zurückgegeben. Auch das gemeinsam mit dem ZDF betriebene „Mittagsmagazin“ werde der RBB, so Vernau, „nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren können“. Immerhin: Die Regionalstudios in Cottbus und Frankfurt/Oder bleiben erhalten. Gleiches gilt für die sechs Radioprogramme des Senders.

Mächtig bluten muss dagegen das RBB-Fernsehen. Bleibt es bei den Sparansagen der Intendanz, dürfte der „Metropolensender“ auf ein vorwiegend regional orientiertes Kernprogramm schrumpfen. Erhalten bleiben auf jeden Fall die Informations-Flaggschiffe RBB24 Abendschau und RBB24 Brandenburg Aktuell. Weichen müssen aus Kostengründen vor allem Formate mit überregionaler Ausstrahlung. Nach der Einstellung von „Chez Krömer“ trifft es nun wohl auch „Thadeusz und die Beobachter“ sowie „Studio Orange“.

Finanzielle Belastungen in einstweilen unbekannter Höhe kommen auf den Sender noch durch Klagen einstiger Führungskräfte auf Zahlung von Betriebsrenten und Ruhegelder zu. Allein die fristlos entlassene Ex-Intendantin Patrizia Schlesinger will vor Gericht nach Angaben ihres Anwalts 18.384,54 Euro monatlich Versorgungsbezüge einklagen.

Für Vernau kommt es darauf an, „die Auswüchse des Systems Schlesinger wieder auf Normalmaß zurückzuführen und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen“. Das kann dauern. Staatsanwaltschaft, Rechnungshöfe und externe Juristen ermitteln seit Monaten und durchforsten die Aktenberge nach Indizien für Vetternwirtschaft, Verschwendung und Veruntreuung. Auch die Ermittlungen selbst belasten den RBB-Etat. Eine erste Abrechnung der Anwaltskanzleien ergab Forderungen von 1,4 Millionen Euro, im Schnitt 250.000 Euro pro Monat. Der von der hauptsächlich tätigen Kanzlei Lutz/Abel zur letzten Sitzung des alten Rundfunkrats am 28. Februar angeforderte Zwischenbericht wurde nicht vorgelegt – trotz Absprache war die Kanzlei angeblich von der Compliance-Beauftragten nicht eingeladen worden.

Der neue Rat hat sich zwar Anfang März konstituiert. Unter den 18 neuen der insgesamt 30 Mitglieder ist auch Katja Karger, Vorsitzende des DGB-Bezirksvorstands Berlin-Brandenburg. Sie folgt auf Dieter Pienkny. Er engagierte sich mehr als zwei Jahrzehnte auf dem Ticket des Gewerkschaftsbundes im Rundfunkrat. Auf eine/n neue Vorsitzende/n konnte sich das Gremium, das in seiner alten Besetzung aufgrund mangelhafter Kontrolltätigkeit die skandalösen Zustände im Sender mitzuverantworten hatte, noch nicht einigen.

Dass die Beschäftigten diesem Treiben mit einer Mischung aus Wut und Empörung zusehen, versteht sich von selbst. Eine Misere auszubaden, die sie nicht zu verantworten haben, kommt für sie nicht infrage. Mit dem diszipliniert ausgetragenen ganztätigen Streik am 27. Januar setzten sie ein eindrucksvolles Signal. Nachdem sich die Intendanz in der laufenden Tarifrunde zunächst mit dem Hinweis auf leere Kassen hartleibig gab, scheint allmählich ein Umdenken einzusetzen. Zuletzt (23.2.) bot der Sender eine „Inflationsausgleichsprämie“ von bis zu 3.000 Euro an sowie eine mit 2,8 Prozent allerdings recht kümmerliche lineare Steigerung der Gehälter, Honorare und Vergütungen für Auszubildende (ab September 2023). Auch in Sachen Beschäftigungssicherung für langjährige Freie wollte der RBB an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Günter Herkel <<

Gesetz ohne Rechtsfolgen

Journalistin muss wegen der Klage gegen das ZDF nochmals vor das Arbeitsgericht

Am 7. März war in Deutschland Equal Pay Day. Er markiert symbolisch den Tag im Jahr, der der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern entspricht und macht auf diesen Missstand aufmerksam. Seit Jahren tut sich wenig bei der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, das zeigen die Daten des Statistischen Bundesamtes. 18 Prozent weniger haben Frauen 2022 pro Stunde brutto verdient. Für Birte Meier ist das nicht akzeptabel. Sie selbst hat Lohndiskriminierung erlebt und sich dagegen gewehrt. Mittlerweile führt die Journalistin seit Jahren einen Rechtsstreit gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber ZDF, in dem es ihr um mehr geht als um ihren Verdienst. Sie will Lohngerechtigkeit für Frauen. Jetzt hat sie ein Buch darüber geschrieben: „Equal Pay Now! Endlich gleiches Gehalt für Frauen und Männer. Was wir jetzt tun können".

Foto: Sebastian Pfütze

Birte Meier, Journalistin und Buchautorin, verzichtete auf ein Abfindungsangebot mit Verschwiegenheitserklärung, um für gleiches Gehalt für Frauen und Männer weiterzukämpfen

M | Der Gender Pay-Gap klingt nach einer harmlosen Lücke. In Wirklichkeit ist er eine krasse Form der Diskriminierung. Weshalb ist der Verdienst von Männern und Frauen immer noch nicht angeglichen?

BIRTE MEIER | Das ist schwer nachvollziehbar. Deutschland ist auch im Europäischen Vergleich ohnehin recht weit hinten, was die Lohngerechtigkeit angeht. Die bereinigte Lohnlücke ist sogar auf 7 Prozent gestiegen, sie lag lange bei 6 Prozent. Das wird zwar auch von der Politik bedauert, aber an den Kern des Problems geht sie nicht. Im Gegenteil, es wird weiterhin so getan, als seien die Frauen selbst daran schuld, dass sie den falschen Beruf ergreifen, zu schlecht ihre Löhne zu verhandeln, zu lange Elternzeit nehmen und danach zu lange Teilzeit arbeiten. Es gibt dann solche ein bisschen halbherzigen Initiativen wie den Girls Day, um Frauen zu ermutigen, in naturwissenschaftliche Berufe zu gehen oder Versuche, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. In anderen Ländern sehen wir aber viel wirksamere Lohntransparenz-Initiativen und Gesetze, die die Unternehmen in die Pflicht nehmen, anstatt die Verantwortung den Frauen zuzuschieben. Das hat hier bis dato nicht stattgefunden. Offenbar halten sich alte Rollenbilder und die Idee des Hinzuverdienerinnenmodells in Deutschland besonders hartnäckig.

Wie hartnäckig an dieser Ungleichheit festgehalten wird, haben sie in der Auseinandersetzung mit ihrem ehemaligen Arbeitgeber, dem ZDF selbst erfahren. Sie haben gegen ihre Lohndiskriminierung geklagt. Mit welchem Ergebnis?

Ich klage nun seit acht Jahren gegen das ZDF. Ein Ergebnis daraus ist das Präzedenzurteil des Bundesarbeitsgerichts, von dem viele andere Frauen nun profitieren können. Für mich hatte es zur Folge, dass das ZDF zwar die Gehaltsinformation nach dem Entgelttransparenzgesetz herausgeben musste, demzufolge verdiente ich im Jahr 2017 rund 800 Euro weniger im Monat als meine männlichen Kollegen. Aber mein Geld habe ich bisher trotzdem nicht bekommen. Denn der Gesetzgeber hat seinerzeit bei der Verabschiedung des Entgelttransparenzgesetzes versäumt vorzugeben, welche Rechtsfolgen die Lohndiskriminierung haben soll. Das Bundesverfassungsgericht hat deswegen entschieden, dass ich nun wieder vor das Arbeitsgericht Berlin ziehen muss, um meinen Lohn dort einzuklagen.

Gab es vom ZDF ein Angebot, Sie zu entschädigen?

Es gab ein Abfindungsangebot von 110.000 Euro und einer bezahlten viermonatigen Freistellung. Der Haken an der Sache war, dass ich mit der Abfindung einen Maulkorb hätte unterschreiben müssen. Es war dort eine Vertragsstrafe vorgesehen, für den Fall, dass ich die Lohndiskriminierung weiter öffentlich gemacht hätte. Das war ich zu diesem Zeitpunkt, nach sieben Jahren Rechtsstreit nicht bereit zu unterzeichnen. Eine solche Verschwiegenheitserklärung ist nämlich an sich schon ein riesengroßes Problem. Denn wenn wir nun den wenigen, die sich gegen Diskriminierung wehren, auch noch den Mund verbieten, bleibt das Thema im Verborgenen und wir als Gesellschaft werden nie über dieses Problem sprechen.

Betrifft das Thema uns als Medienschaffende und Journalistinnen in besonderem Maße?

Es ist ein Phänomen, das so gut wie überall auftritt. Aber wir wissen, dass atypische Beschäftigungsformen, wie sogenannte festfreie Arbeitsverhältnisse, besonders von Lohndiskriminierung betroffen sein können. Dort wurde häufig nicht so genau hingesehen. Manchmal ist auch unklar, ob Personalräte überhaupt zuständig sind. Je weniger Transparenz und Kontrolle es gibt, desto mehr Ungleichheiten können so durchrutschen. Wenn

dann auch noch Tarifverträge fehlen und Löhne frei verhandelbar sind, öffnet sich die Lohnschere gewaltig zu Lasten von Frauen.

Insbesondere Frauen profitieren ja in allen Branchen von Tarifverträgen.
Das ist richtig. Sie müssen aber auch geschlechtergerecht angewandt werden. Denn auch bei Tarifverträgen gibt es Spielräume, was zum Beispiel Boni oder Eingruppierungen angeht. Es ist deshalb leider ein Trugschluss, dass Tarifverträge die Ungleichbehandlung völlig ausräumen. Personalräte und Gewerkschaften sollten besonders auf die geschlechterneutrale Anwendung von Tarifverträgen achten.

Was raten sie Frauen, die von Lohndiskriminierung betroffen sind?
Im Idealfall sollten sich Frauen darum nicht selbst kümmern müssen. Solange die Politik es aber nicht regelt, sollten sich Betroffene fachlichen Rat holen: beim Betriebsrat, Personalrat, der Gewerkschaft oder beim Anwalt. Denn die Rechtslage ist nicht einfach. Sie sollten sortiert und energisch auftreten und sich in keinem Fall hinhalten lassen. Hilfreich ist es, sich für eine Klage mit anderen Frauen und auch Männern zusammenzuschließen.

Dazu gehört auch Mut.
Viele Frauen fragen sich ja tatsächlich, ob sie nicht vielleicht doch ein bisschen schlechter sind im Job als ihre männlichen Kollegen. Diese Selbstzweifel gehören auf den Müll. Denn selbstverständlich hat man Anspruch auf gleichen Lohn für die gleiche Tätigkeit. Das ist ein Grundrecht.

Gespräch: Julia Hoffmann <<

Buchtipp

Birte Meier
EQUAL PAY NOW!
Endlich gleiches Gehalt für Frauen und Männer
Was wir jetzt tun können

Paperback, 240 Seiten
ISBN: 978-3-442-17984-8
Goldmann Verlag 2023

Streiks beim ZDF

Deutlich mehr Geld gefordert

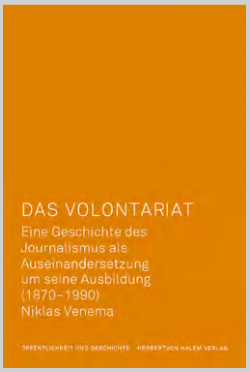
Beim ZDF wurde am 7. März gestreikt, um den Forderungen in der laufenden Tarifverhandlung für einen neuen Vergütungstarifvertrag mehr Nachdruck zu verleihen. Von dem mehrstündigen Streik, zu dem die Gewerkschaften VRFF, ver.di und DJV aufgerufen hatten, waren die aktuellen Sendungen ZDF-„heute“ und „drehscheibe“ betroffen. Als Ersatz gab es unter anderem Sendungen wie „heute Xpress“ und „Bares für Rares“.

ver.di fordert mehr Gehalt auf Basis des solidarischen Festbetragsmodells, das heißt deutlich mehr als 3,135 Prozent rückwirkend zum 1. Juli 2022. Zusätzlich soll die volle Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro steuerfrei für alle gezahlt werden. Auch die Ausbildungsvergütung soll kräftig angehoben werden. Die Laufzeit dürfe maximal 21 Monate betragen. Weitere Zukunfts-Themen liegen auf dem Tisch. Dazu gehören der Ausschluss von Beendigungskündigungen; die Verbesserung der Beschäftigungssicherheit für freie Mitarbeitende; die generelle Anrechnung der Zeiten im ZDF als freie*r Mitarbeiter*in bei Festanstellung; die Übernahme der Auszubildenden/Volontär*innen und Dual-Studierenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei erfolgreichem Abschluss. Auch ein Altersteilzeit-Modell mit Einkommensausgleich für Feste und Freie sowie der Ausschluss sachgrundloser Befristungen sind angemahnt. Am 8. März kam es zu „konstruktiven Gesprächen“, so die Verhandlungskommission. Die nächste Verhandlung findet am 17. März (nach Redaktionsschluss) statt. **wen <<**

Anzeige

HERBERT VON HALEM VERLAG

Komplettes Programm unter https://www.halem-verlag.de



NIKLAS VENEMA
Das Volontariat.
Eine Geschichte des Journalismus als Auseinandersetzung um seine Ausbildung (1870-1990)
Öffentlichkeit und Geschichte, 13
2023, 508 S., Broschur
ISBN (PRINT) 978-3-86962-623-9 | 39,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-624-6 | 33,99 EUR

ALEXIS VON MIRBACH
Medienträume.
Ein Bürgerbuch zur Zukunft des Journalismus
2023, 272 S., 18 Abb., 4 Tab., Broschur
ISBN (PRINT) 978-3-86962-635-2 | 27,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-636-9 | 22,99 EUR

JACOB JOHANSSEN
Die Mannosphäre.
Frauenfeindliche Communitys im Internet
2023, 356 S., Broschur
ISBN (PRINT) 978-3-86962-620-8 | 34,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-621-5 | 28,99 EUR
ISBN (EPUB) 978-3-86962-622-2 | 28,99 EUR

Foto: Christian von Polentz

Aktive Gewerkschafter abgestraft

Warnstreiks bei den Yorck-Kinos in Berlin und bei UCI bundesweit

Bei den 11 Yorck-Kinos in Berlin und bei UCI in verschiedenen Städten wurde in den letzten Wochen für bessere Stundenlöhne gestreikt. Viele Beschäftigte waren an den verschiedenen Standorten dem ver.di-Aufruf gefolgt. Filmvorstellungen fielen aus. Die Beschäftigten fordern eine angemessene Bezahlung für ihre Arbeit. Bei den Yorck-Kinos geht der Arbeitgeber gegen aktive Gewerkschafter*innen vor, indem er ihre befristeten Arbeitsverträge nicht verlängert, obwohl sie als Arbeitskräfte gebraucht werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Yorck-Kinos verlangen einen Einstiegslohn von 13 Euro je Stunde und ein Ende der Massenbefristungen. Die Yorck Kino GmbH befristet über 45 Prozent der Arbeitnehmer*innen, obwohl sie sich an den Tarifvertrag mit einer Befristungsquote von maximal 10 Prozent halten muss. Diese illegalen Befristungen laufen nun aus und viele Beschäftigte würden damit ihren Job verlieren.

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Kinobranche verdienen eine faire Entlohnung für ihre harte Arbeit und ihr Engagement. Sie machen die Kinos sauber, bedienen die Gäste und sorgen für eine gute Atmosphäre. Es ist an der Zeit, dass die Arbeitgeber ihre Verantwortung für eine gerechte Entlohnung wahrnehmen“, sagt Jörg Reichel, zuständiger Gewerkschaftssekretär von ver.di in Berlin-Brandenburg. Neben den Lohnforderungen protestiere ver.di auch gegen die illegale Befristung und Entlassung von acht Gewerkschafter*innen durch den Arbeitgeber. Alle Gekündigten seien aktiv im Betrieb, drei Gewerkschafter*innen würden mit am Verhandlungstisch sitzen. „Diese Maßnahmen sind inakzeptabel und verstoßen gegen geltendes Arbeitsrecht. Die Gewerkschaft ver.di verurteilt diese Praxis aufs Schärfste und fordert eine sofortige Rücknahme der Kündigungen der Gewerkschafter*innen“, heißt es in einer ver.di-Mitteilung.

Unterstützung von der Bundesfachgruppe

„Mit großem Interesse und ebenso großer Sympathie verfolgen wir, der Bundesvorstand der ver.di-Fachgruppe Medien, Journalismus und Film, die Tarifauseinandersetzung bei der Yorck Kino GmbH. Euer Engagement für bessere Arbeitsbedingungen und Einkommen für die Beschäftigten in den 11 Berliner Yorck-Kinos ist gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten und explodierender Mieten mehr als berechtigt“, heißt es in einer Solidaradresse an die Streikenden am 11. März. Das Verhalten des Arbeitgebers bezeichnete der Bundesfachgruppenvorstand als „absolut unverständlich. „Wir fordern die Yorck Kino GmbH deshalb auf, ihre Angriffe gegen Streikende und Gewerkschaftsmitglieder sofort einzustellen.“ Bestehende tarifvertragliche Regelungen seien einzuhalten. „Alle illegal befristeten Beschäftigungsverhältnisse in den Yorck-Kinos müssen sofort in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt, alle Versuche neue Beschäftigte in den Kinos einzustellen, obwohl der Betriebsrat allen externen Neueinstellungen widersprochen hat, gestoppt werden.“ Auch die Aktiven und die Tarifkommissionen von Cinestar und CinemaxX sprachen den Streikenden der Yorck-Kinos ihre Unterstützung und Solidarität aus.

Warnstreiks beim Kinokonzern UCI

Die Beschäftigten der UCI Multiplex GmbH streikten am 7. März im Rahmen der bundesweiten Tarifverhandlungen an den fünf UCI-Standorten Bochum Ruhr Park, Duisburg, Hamburg-Mundsburg, Hamburg-Wandsbek und Kaiserlautern. Das UCI in den Berliner Gropius-Passagen ging am 11. März gemeinsam mit den Yorck-Beschäftigten auf die Straße. Mit den Streiks erhöhen die Beschäftigten den Druck auf die ins Stocken geratenen Verhandlungen für die rund 600 UCI-Beschäftigten. ver.di fordert 13,50 Euro Stundenlohn. Derzeit liegt der Einstiegslohn bei 12 Euro die Stunde und damit auf Mindestlohnniveau.

ver.di-Verhandlungsführerin Martha Richards kritisiert: „Die Kino-Kolleg*innen sind überproportional von den Preissteigerungen mit zweistelligen Raten bei Lebensmitteln, Energie & Co. betroffen. UCI ist hier klar in der Verantwortung, existenzsichernde Löhne zu zahlen, sonst droht massiver Arbeitskraftverlust durch Abwanderungen. Zunehmend dünner werdenden Personaldecken kann nur mit guter Bezahlung und fairen Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden.“

Bei der vierten Verhandlungsrunde am 3. März hatten die Arbeitgeber ihr zu niedriges Angebot nur minimal um einen Prozentpunkt verändert. „Wir wollen nicht um Cent-Beträge feilschen, sondern fordern von UCI echte Lohnsteigerungen, die bei den Kolleg*innen ankommen und die sie – das ist die bittere Realität im Winter 2023 – dringend brauchen. Der Ärger der Beschäftigten über das Verhalten der Arbeitgeber ist riesig, deswegen setzen sie mit weiteren Warnstreiks ein deutliches Zeichen“, sagte Martha Richards. **wen <<**

Aktion

Aktion für Floriane Irangabiye, Burundi

Zehn Jahre Gefängnis für Journalistin

Zehn Jahre Haft für eine Straftat, deren Bezeichnung bereits andeutet, dass kein konkreter Tatverdacht für das Urteil notwendig war: „Gefährdung der Integrität des Staatsgebiets“. Die burundische Journalistin Floriane Irangabiye wurde am 2. Januar 2023 nach Überzeugung von Amnesty International auf der Grundlage konstruierter Vorwürfe für schuldig befunden. Ihre Rechtsbeistände haben inzwischen Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt.

Floriane Irangabiye war am 30. August 2022 bei einem Familienbesuch in Bujumbura festgenommen worden und wird im Gefängnis von Muyinga inhaftiert. Zusätzlich zur zehnjährigen Haftstrafe muss sie noch eine Geldstrafe in Höhe von einer Million Burundi-Franc (das entspricht etwa 450 Euro) zahlen.

Die Journalistin lebte vor ihrer Festnahme seit über zehn Jahren im Nachbarland Ruanda. Nach ihrer Festnahme im August wurde sie zunächst bis September ohne Anklage gefangen gehalten. Während des Verfahrens in der Metropole Bujumbura legte die Staatsanwaltschaft Audioaufnahmen einer Sendung des burundischen Online-Radiosenders „Radio Igicaniro“ vor, in der Floriane Irangabiye im August 2022 die Regierung Burundis kritisiert hatte. Sie soll Folgendes gesagt haben: „Die Bevölkerung hat sich mit den Missständen in Burundi abgefunden, die Bürger äußern sich nicht aus Angst, getötet zu werden. Wir rufen die Menschen in Burundi auf, ihre Angst zu überwinden.“ Außerdem legte die Staatsanwaltschaft als „Beweis“ ihrer Schuld Fotos vor, die die Journalistin mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame und dem ehemaligen burundischen Präsidenten Pierre Buyoya auf öffentlichen Veranstaltungen zeigen. Irangabiye wurde auch beschuldigt, an Treffen junger Menschen aus Burundi im ruandischen Exil teilgenommen zu haben.

Regierungskritiker und Medien gehören in Burundi zu den bevorzugten Zielscheiben der staatlichen Repression. Viele Redaktionen wurden seit 2015 auf Anordnung der Behörden geschlossen. Obwohl Präsident Évariste Ndayishimiye 2021 versprochen hatte, das Verhältnis zu den Medien zu normalisieren, schränkt die burundische Regierung das Recht auf freie Meinungsäußerung nach wie vor stark ein.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an die burundische Justizministerin und fordern Sie, dass das Urteil gegen die Journalistin Floriane Irangabiye aufgehoben wird und die Journalistin bedingungslos und umgehend freigelassen wird. Betonen Sie, dass Irangabiye lediglich friedlich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat.

Harald Gesterkamp «

Schreiben Sie auf Französisch, Englisch oder Deutsch an:
Mme Domine Banyankimbona
Minister of Justice
PO Box: 1880
Bujumbura, BURUNDI
E-Mail: minjustice@gmail.com oder
infos@burundi.justice.gov.bi
Twitter: @MiniJustice_BDI

Senden Sie eine Kopie an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK BURUNDI
I. E. Frau Appolonie Nibona
Berliner Straße 36
10715 Berlin
Fax: (030) 2345 67 20
E-Mail: ambabuberlin2019@yahoo.com

AMNESTY INTERNATIONAL

dju. Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union

Impressum

M 1/2023 Jhg. 72.
Menschen Machen Medien.
Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: https://mmm.verdi.de

Herausgeber: ver.di Bundesvorstand, Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender, Christoph Schmitz, Leiter Ressort 7

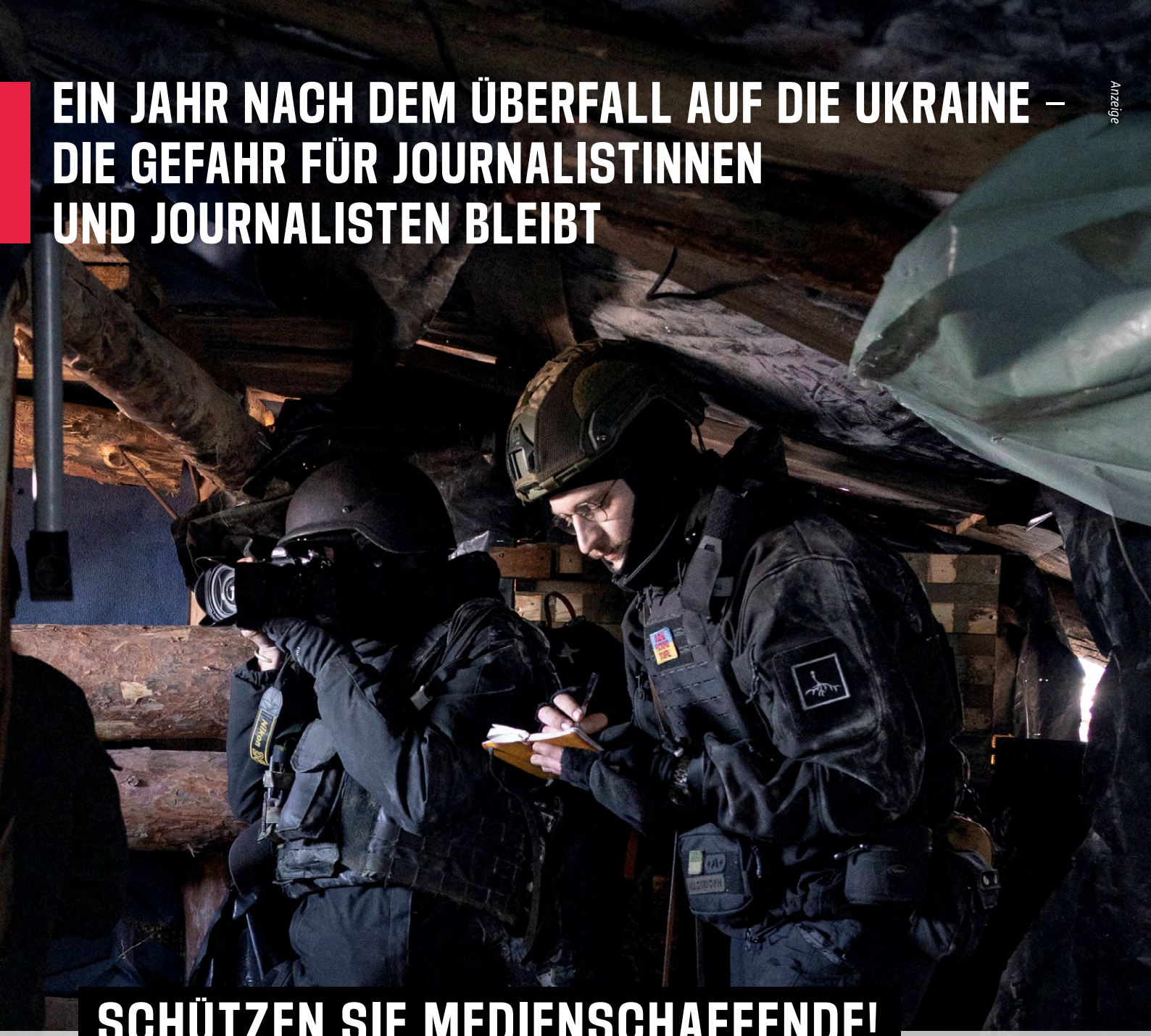
Redaktion: ver.di Bundesverwaltung M Redaktion, Karin Wenk (verantw.), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel: 030 / 69 56 23 26
Fax: 030 / 69 56 36 57
karin.wenk@verdi.de
twitter.com/Mx3_Online
www.facebook.com/menschenmachenmedien – www.instagram.com/menschenmachenmedien/
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin, Fax 030/740 73 16 54. anzeigen@ask-berlin.de. Ansprechpartnerin: Simone Roch. Tel. 030/740 73 16 32. Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 28 gültig ab 1.1.2023.
Abonnement: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt. Tel 0711/700 15–30, service@verlag-weinmann.com
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive Mwst.).
ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de
Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG. Marktweg 42–50 47608 Geldern
Redaktionsschluss M:
M 01.2023: 06.03.2023
M 02.2023: 05.06.2023
Intern. Standard Serial Number
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Anzeige

EIN JAHR NACH DEM ÜBERFALL AUF DIE UKRAINE – DIE GEFAHR FÜR JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN BLEIBT



© Johanna-Maria Fritz

SCHÜTZEN SIE MEDIENSCHAFFENDE!

Russlands Überfall auf die Ukraine ist auch ein Krieg gegen die Pressefreiheit. Russische Soldaten entführen, foltern und erschießen ukrainische und internationale Medienschaffende.

Mit Ihrer Spende kann Reporter ohne Grenzen Journalistinnen und Journalisten vor Ort helfen: Mit kugelsicheren Westen, Helmen, Sicherheitstrainings, psychologischer Beratung und Strom-Generatoren.

Spenden Sie jetzt – für Pressefreiheit auch in Kriegszeiten.

reporter-ohne-grenzen.de/hilfe-fuer-die-ukraine

RSF REPORTER OHNE GRENZEN

Spendenkonto: Reporter ohne Grenzen e.V. / IBAN: DE26100900005667777080 / BIC: BEVODEBB / Stichwort: Ukraine